Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter“
jeden Werktag nachmittag.

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802 Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407 Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 188 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.— Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 13.50; monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Donnerstag, den 12. August 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf.; Reklame im Textteil 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 50% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

Von R. Schmidt.

Kurz vor der Vertagung hat der Reichstag zwei sehr wichtige Beschlüsse im volkswirtschaftlichen Ausschuß gefaßt. Dem vielfachen Drängen des Handels und der Landwirtschaft folgend ist die Aufhebung der ganzen Bewirtschaftung der Kartoffeln für den Herbst beschlossen. Schon vor dieser Beschlußfassung war in langen Verhandlungen der landwirtschaftlichen Verbände mit dem deutschen Städtetag vereinbart, im Hinblick auf die in Aussicht stehende günstige Kartoffelernte von der weiteren Bewirtschaftung der Kartoffeln abzusehen. Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, dem die glatte Aufhebung der Kartoffelwirtschaft doch wohl bedenklich erschien, stellte wenigstens die Bedingung, daß die Gemeinden bis zum August nachweisen müssen, daß sie 120 Millionen Zentner Kartoffeln durch Lieferungsverträge sich gesichert haben. Bei einem Verbrauch von 7 Pfund für den Kopf der städtischen Bevölkerung wären 152 880 000 Zentner erforderlich gewesen, so daß die 120 Millionen schon einen erheblichen Teil des Bedarfs decken.

Dieser Aufforderung des Ministeriums sind nun die Gemeinden nicht nachgekommen, sie hatten sich bis vor kurzem nur mit 35 Millionen Zentner eingedeckt. Anscheinend sind weniger die Landwirte als die Gemeinden diejenigen, die zurückhalten. Man hat die Befürchtung, daß im freien Markt Kartoffeln später billiger zu haben sind als zu dem Vertragspreis von 30 Mk. der Zentner und dann die Gemeinden mit den hohen Preisen für Kartoffeln aufsitzen. Diese Ansicht hatte nach den Erfahrungen, die die Gemeinden mit dem Einkauf anderer Nahrungsmittel gemacht hatten, etwas für sich. Dabei muß gesagt werden, daß einige Gemeinden im Einkauf von Hülsenfrüchten, Hafernährmitteln, Fleisch und anderen Waren eine planlose und übereilte Einkaufspolitik betrieben haben. Hätte man weniger aufgespeichert und die Waren sofort herausgegeben, dann wären die Verluste erspart geblieben. An Warnungen vor übereilten Einkäufen, die zudem die Preise steigerten, hat es nicht gefehlt. Es kann dabei dem Städtetag, der sehr oft, wenn die agrarischen Klagelieder ertönen, weich gestimmt wird, der Vorwurf nicht erspart werden, daß er ganz unnötig verlangte, daß der Höchstpreis von 25 Mk., wie ihn das Ministerium festgesetzt hatte, auf 30 Mk. pro Zentner erhöht wurde. Einige verständige Landwirte kommen nun selbst und erklären, daß dieser Preis viel zu hoch ist. Der Reichstagsausschuß hat nach eingehender Beratung entschieden, daß die Reichskartoffelstellen zu den 35 Millionen Zentner noch 20 Millionen als Bestand hinzufügen sollen, um den Eingriff bei Notständen zu ermöglichen.

Damit wird der Kartoffelhandel im Herbst die Versorgung der Bevölkerung zu einem erheblichen Teil übernehmen. Die Wirkung dieser Maßnahme für den Konsumenten ist schwer vorauszusagen. Es ist möglich, daß durch ein großes Angebot von Kartoffeln die Preise sich in mäßigen Grenzen halten. Der Markt für Frühkartoffeln, der sich anfänglich dem freien Verkehr anpassen mußte, spricht nicht dafür, wir haben hier Preise bis zu 2 Mk. das Pfund im Kleinhandel gehabt. Gegen eine niedere Preisbildung spricht alle bisherige Erfahrung. Trotz der guten Gemüseernte, der reichlichen Obstzufuhren sind in allen Städten die Preise enorm in die Höhe gegangen und haben die Höchstpreise früherer Jahre weit überschritten. Die Lebensmittelkrawalle in den Großstädten sind geradezu durch diese Preissteigerung am freien Markt hervorgerufen, nicht gegen die Waren, die unter Höchstpreisen stehen. Eine weitere Gefahr für die Versorgung besteht in den Transportschwierigkeiten. Gewiß ist die Leistungsfähigkeit der Bahn besser geworden, aber um einen ganz regellosen Transport großer Mengen Kartoffeln zu bewältigen, gehört ein Eisenbahnbetrieb auf ganzer Höhe. Was aber geschieht, wenn die großen Bedarfsgebiete nicht genügend beschickt werden können? Nicht nur der Mangel ist unangenehm, die Preise werden an solchen Orten sofort weiter aufwärtsgehen, und die Ansammlung vor den Geschäften wird die Unzufriedenheit weiter steigern. **Die Sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses haben deshalb gegen die Freigabe der Kartoffeln gestimmt,** obwohl sie sich darüber klar waren, daß die Sabotierung, die die Landwirte bei der Lieferung der Kartoffeln unter der Zwangswirtschaft betreiben, für die städtische Bevölkerung sehr unangenehm fühlbar wird.

Uebler steht es mit einer zweiten Erörterung im Ausschuß aus, die auf eine baldige Aufhebung der Vieh- und Fleischbewirtschaftung hinzielt. Der agrarische Einfluß im Verein mit einer unermüdlichen Agitation des Handels hat es bereits dahin gebracht, daß in einigen Teilen des Landes, Baden, Hessen, Schleswig-Holstein, die Zwangswirtschaft für Fleisch aufgehoben, oder ihre Aufhebung in Aussicht genommen wird. Eine Maßnahme, die übrigens gesetzlich unzulässig ist. In Mannheim ist dieser Tage auf dem freien Viehmarkt der Preis für Rinder auf 800 Mk. pro Zentner Lebendgewicht hinaufgegangen. Der geltende Höchstpreis ist im günstigsten Fall 420 Mk. Das wäre der Anfang, und zwar in einem Lande mit reicher Viehproduktion. Das Pfund Fleisch wird danach auf ungefähr 16 Mk. zu stehen kommen. Da aber gegenwärtig in ganz abschreckendem Umfang die Maul- und Klauenseuche herrscht, wird viel Vieh schnell abgeschlachtet und für den Winter haben wir dann mit einem Mangel an Vieh und weiteren sprunghaften Preiserhöhungen zu rechnen. Auf Wunsch der Landwirtschaft hat die Regierung große Mengen Mais für die Aufzucht von Schweinen eingeführt, und den Städten empfohlen, durch Verträge sich die Lieferung von Schweinen zu sichern. Dieser Mais aus dem Auslande ist dem Landwirt aber nur zu dem enorm hohen Preis von 135 Mk. pro Zentner zu liefern. Die Folge ist, daß die Landwirte den Mais nicht abnehmen, weil ihnen der Preis zu hoch ist und der Zentner Lebendgewicht weit über 600 Mk. für Schweine hinaufgesetzt werden müßte. Wir würden zu einem Preis für Schweinefleisch von ungefähr 20 Mk. pro Pfund, vielleicht auch etwas darüber hinaus, kommen. Die Folge ist nun, daß im Ausschuß die Freigabe der Gerste für die Verfütterung gefordert wird und die Senkung der Maispreise durch Zuschüsse aus der Staatskasse.

Kommen wir zu diesen enormen hohen Preisen auf dem Viehmarkt unter der freien Wirtschaft — ein Zweifel darüber kann nicht bestehen —, so wird der Anreiz, Gerste und Brotgetreide zu verfüttern, erheblich gesteigert und wir bringen dann die Brotversorgung in neue Gefahr.

Für die Landwirtschaft ergibt sich eine gern gesehene Preissteigerung, für das zahlungsfähige Publikum Fleisch in genügenden Mengen, für die Minderbemittelten Einschränkung des Bedarfs, weil die Preise nicht gezahlt werden können. **Die Wähler, denen während der Wahlagitation die freie Wirtschaft in den rosigsten Farben geschildert wurde, werden bald ernste Betrachtungen anstellen können, was es heißt, in Zeiten ungenügender Produktion und mangelnder Versorgung des Marktes Handel und Landwirtschaft frei schalten und walten zu lassen.**

Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, für alle Zeiten die Zwangswirtschaft aufrechtzuerhalten. Solange aber die Produktion weit hinter der Bedarfsdeckung steht, kann die zügellose Preistreiberei nur unterbunden werden durch die Festsetzung von Höchstpreisen und die Kontrolle über die Verwendung der Lebensmittel. Uns fehlt vor allem die freie Zufuhr vom Auslande. Durch den immer noch sehr ungünstigen Stand der Valuta ist die Einfuhr beschränkt, denn wir müssen die Waren um das sieben- bis achtfache bei unserem entwerteten Gelde höher bezahlen als es der Weltmarktpreis bei einem Gleichstand unserer Zahlungsmittel mit dem Auslande erfordern würde. Kommen wir also zu einer Produktionssteigerung, die den Bedarf deckt oder zu einer besseren Wertung unserer Zahlungsmittel, dann wird die Zwangswirtschaft keine Berechtigung mehr haben. Gegenwärtig sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt und so können wir nur mit schwerer Sorge den kommenden Zeiten entgegensehen.

Rußlands Waffenstillstandsbedingungen.

WTB. **London**, 11. Aug. Die von Lloyd George im Unterhaus bekanntgegebenen russischen Waffenstillstandsbedingungen für Polen haben laut „Daily Herald“ folgenden Wortlaut:

„Die polnische Armee darf in Zukunft kein höheres Kontingent als 50 000 Mann haben. Der polnische Generalstab, sämtliche Offiziere und Verwaltungsbeamten dürfen zusammen höchstens 10 000 Mann stark sein. Die polnische Armee wird sofort nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes demobilisiert. Alle Waffen und Munition, die für die Armee nicht erforderlich sind, werden an Sowjet-Rußland und die Ukraine ausgeliefert. Die Waffen- und Munitions-Industrie wird sofort stillgelegt. Weder Waffen noch Kriegsmaterial dürfen aus dem Auslande nach Polen eingeführt werden. Die Eisenbahn Wolkowisk—Bialystok—Crajewo wird Rußland zum Zwecke des Handelsaustausches von und nach der Ostsee zur Verfügung gestellt.

Die Familien aller in diesem Kriege verwundeten oder gefallenen Soldaten erhalten vom Staate Land. Gleichzeitig mit der Demobilisierung des polnischen Heeres ziehen sich die russischen und ukrainischen Truppen aus Polen zurück. Die polnische Armee zieht sich 15 Werst hinter die in der Note Lord Curzon vom 29. Juli bezeichnete Waffenstillstandslinie zurück. Die endgültige Grenze des zukünftigen unabhängigen polnischen Staates wird ungefähr dieselbe sein, wie sie in derselben Note festgesetzt worden ist, jedoch soll Polen besonders im Osten neues Gebiet erhalten, hauptsächlich in der Gegend **von Bialystok und Cholm.**

Der vorsichtige Lloyd George.

Amsterdam, 11. August. WTB. berichtet: Nach Verlesung der bolschewistischen Friedensbedingungen bemerkte Lloyd George: Sofort nach Empfang der Bedingungen habe ich die Note Frankreich und Italien zur Kenntnis gebracht. Wir haben der polnischen Regierung unsere ersten Eindrücke mitgeteilt. Ich halte es aber nicht für angebracht, darüber hinaus weitere Bemerkungen zu machen, da dies bedeuten würde, daß wir der polnischen Regierung die Verhandlungen aus der Hand nehmen. Ich bin der Meinung, daß eine neue Lage entstanden ist.

Die englischen Arbeiter und der Krieg.

Amsterdam, 11. August. Bevor Lloyd George sich zum Parlament begab, empfing er zusammen mit Bonar Law und dem Arbeitsminister Mac Romara eine Anzahl von Deputationen von Arbeiterführern, darunter den Präsidenten des Bergarbeiterbundes Smillie, den Leiter der parlamentarischen Arbeiterpartei Adamson, ferner O'Grady, Oberst Wegewood und andere. Die Abordnungen machten Lloyd George von den vorgestern abend angenommenen, gegen den Krieg mit Rußland gerichteten Protest-Entschließungen Mitteilung, worin mit dem Generalstreik als äußerstes Mittel gedroht wird. Nach Mitteilung eines Mitgliedes der Abordnung wurde die Besprechung auf beiden Seiten in freundlicher und offenherziger Weise geführt. Lloyd George ersuchte die Abordnungen, seine Erklärungen im Parlament abzuwarten. Er sagte, der Vertrag von Versailles, durch den die Unabhängigkeit Polens geschaffen sei, müßte um jeden Preis aufrecht erhalten werden.

Inzwischen dauern die Kundgebungen der englischen Gewerkschaften gegen einen neuen Krieg an. U. a. haben 170 000 Zimmerleute und Tischler in Manchester erklärt, sie würden sich weigern, Kriegsmaterial, wie z. B. Flugzeuge, herzustellen. — Der Dockarbeiterbund hat an Lloyd George einen Protest gegen einen Krieg mit Sowjet-Rußland gesandt mit der Begründung, daß Polen den Angriff begonnen habe.

Amsterdam, 10. August. Nach einer Blättermeldung aus London ist die gestern abgehaltene Sitzung der parlamentarischen Arbeiterpartei, des parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses und des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei zugleich die wichtigste jemals in England abgehaltene Versammlung der organisierten Arbeiterschaft. Die genannten Vereinigungen vertreten über sechs Millionen Arbeiter. In Arbeiterkreisen wurde gestern abend erklärt, daß, wenn der Generalstreik beschlossen würde, dieser binnen wenigen Stunden zur Tatsache werden könnte.

Die tschechisch-slowakischen Gewerkschaften gegen den Durchtransport.

Prag, 11. August. „Pravo Lidu“ meldet, der Zentralrat der tschechisch-slowakischen Gewerkschaftsvereinigung fordert die Gewerkschaften der organisierten Arbeiter in einem Aufruf auf, die Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Polen, Ungarn und Rumänien nicht zuzulassen, da es gegen Sowjet-Rußland verwendet werden könne.

Keine Mobilisierung in Ungarn.

Budapest, 11. August. Gegenüber den Gerüchten von einer Mobilisierung in Ungarn wird von amtlicher Seite erklärt, daß eine Mobilisierung nicht angeordnet worden sei, da auch die Vorbedingungen dazu fehlen würden. Ungarn verfüge heute nicht einmal über das Kriegsmaterial, was den dringendsten Bedarf der durch die Entente genehmigten Armee decken könne. Eine Mobilisierung wäre danach unmöglich.

Amerika zur Ostfrage.

WTB. **Amsterdam**, 11. Aug. Nach einer Blättermeldung aus Washington werde sich Amerika allen Maßnahmen widersetzen, die auf einen offenen Krieg gegen Rußland hinauslaufen. Man hält es für möglich, daß der Präsident für die Wiederaufnahme der interalliierten Blockade und die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe an Polen eintreten werde, glaubt aber nicht an den Erfolg einer solchen Blockade, da die Blockade tatsächlich bereits seit geraumer Zeit in Kraft sei, ohne daß die Haltung der Sowjet-Regierung dadurch zum mindesten beeinflußt würde.

WTB. **Amsterdam**, 11. Aug. In der gestrigen Unterhaussitzung fragte Ben Tillet, wie sich Amerika zu der Frage der Ausübung eines wirtschaftlichen Druckes auf Rußland stelle. Lloyd George entgegnete, es werde ein Appell an Amerika gerichtet werden, welches an der Schaffung des polnischen Staates mitbeteiligt gewesen sei. Bisher sei keine materielle Hilfe an das Heer des Generals Wrangel auf der Krim geleistet worden.

Washington, 11. August. WTB. berichtet: Das Staatsdepartement hat als Antwort auf eine italienische Anfrage dem italienischen Botschafter eine Note überreicht, in der es heißt, daß Amerikas Volk wünsche,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200812-18/fragment/page=0001

daß die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Polens aufrechterhalten bleibe. Die Vereinigten Staaten sehen in den Anstrengungen gewisser Kreise, den Waffenstillstand herbeizuführen, nichts Unangebrachtes, sie würden sich aber an der Friedenskonferenz ganz Europas in dieser Frage nicht beteiligen.

Danzigs Verfassung angenommen.

Danzig, 11. August. WTB. berichtet: Die verfassunggebende Versammlung hat die Verfassung der Freien und Handelsstadt Danzig in dritter Lesung angenommen.

Neuer Zwischenfall in Täbris.

Berlin, 11. August. Der deutsche Arzt Dr. Schütz, der nach dem Tode des Konsuls Wustrau das Konsulat in Täbris übernommen hatte, faßte den Entschluß, die noch im Konsulat befindlichen Waffen zu vernichten, um die Habgier gewisser Bevölkerungsschichten nicht zu reizen. Er hatte diesen Entschluß zum Teil bereits ausgeführt, als der persische Kargusar und der Führer der Demokraten in das Konsulat eindrangen, ohne dessen Unverletzlichkeit zu respektieren. Mehrere persische Offiziere überwältigten Dr. Schütz, hielten ihn über 12 Stunden gefangen und raubten alle Waffen. Die persische Regierung sucht die Angelegenheit so darzustellen, als ob es sich um eine von der Polizei ausgeführte Maßnahme handelt, um die gefahrvolle Vernichtung der Munition durch Dr. Schütz zu verhindern. Die deutsche Regierung hat ihren Geschäftsträger in Teheran telegraphisch angewiesen, der persischen Regierung ihre Entrüstung über diesen neuen Zwischenfall auszusprechen und sich bis zum Vorliegen näherer Berichte alles Weitere vorbehalten.

Die Gefahren der Reichswehrvorlage.

Der Sinn der neuen Reichswehrvorlage ist kurz gesagt folgender: jeder Einfluß der Republik, der republikanischen Behörden, des republikanischen Geistes, der Zivilgewalt auf die neue Armee soll ausgeschaltet werden. Nur ein Einfluß bleibt bestehen, der Einfluß der militärischen Führer, und da diese mit verschwindenden Ausnahmen reaktionär sind, so bedeutet die Reichswehrvorlage letzten Endes nichts anderes als die endgültige Umgestaltung der Reichswehr zu einem willfährigen Werkzeug in den Händen der Reaktion.

Alles, was an republikanischen Sicherungen bisher geschaffen bzw. angeregt wurde, wird niedergerissen bzw. ignoriert. Die Freude der Reaktionäre über dieses Gesetz, in dem auch nicht eine Zeile, nicht ein Wort das Walten eines demokratischen Reichswehrministers verrät, wird offensichtlich, wenn man das zufriedene Schmunzeln sieht, mit dem im „Militärwochenblatt" der Generalleutnant Schwarte, ein ultrakonservativer Militärschriftsteller, die neue Vorlage bespricht. Der Generalleutnant ist diesmal so zufrieden, daß sogar seine üblichen Fußtritte gegen Republik und Regierung, die sonst nie fehlen dürfen, sich in mildes Streicheln verwandeln.

In § 15 des Gesetzentwurfes wird das Eingreifen der Reichswehr bei Unruhen geregelt, und zwar in der Weise, daß über die zu treffenden Maßnahmen allein der militärische Oberbefehlshaber unter eigener Verantwortung zu bestimmen hat. Das freut natürlich Generalleutnant Schwarte sehr, weil auf diese Weise „die famose Einrichtung der Zivilkommissare", so ziemlich die einzige seit den Kapp-Tagen getroffene Sicherung gegen reaktionäre Umtriebe, wieder beseitigt wird. Wenn der Generalleutnant die Machtfülle des militärischen Oberbefehlshabers mit den zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Entwaffnungsaktion begründet, so ist dies ein Beleg für die militärische Methode, der unkundigen Oeffentlichkeit mit angeblich „fachtechnischen" Argumenten Sand in die Augen zu streuen. Denn das Reichswehrgesetz wird erst im Herbst beraten werden und dürfte frühestens im Oktober in Kraft treten. Bis dahin aber muß nach dem Willen der Entente die Entwaffnungsaktion längst durchgeführt sein. Also gerade unter der Geltung des neuen Reichswehrgesetzes wird man nicht mehr mit militärisch so gefährlichen Aufständen der Zivilbevölkerung zu rechnen haben wie heute.

Die Unterlassung jeder politischen Betätigung für die Reichswehrangehörigen ist dem guten General natürlich eine Selbstverständlichkeit. Er leistet sich aber ein kleines Verdrehungskunststück, wenn er von „Verzicht auf politische Betätigung innerhalb des Dienstbereichs" redet. Die Reichswehrvorlage — und das ist das skandalöse — untersagt den Reichswehrangehörigen die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen ohne jede Einschränkung, also auch außerhalb des Dienstbereichs (§ 32). Und nicht nur das! Selbst die Vereinigung zu nichtpolitischen (wirtschaftlichen Bildungs-) Zwecken macht die Vorlage von der Genehmigung der Vorgesetzten abhängig! Und schließlich gibt sie den Vorgesetzten auch noch das Recht, dem einzelnen Soldaten jede nichtgewerbliche Nebenbeschäftigung zu untersagen. Damit werden auch wirtschaftliche Organisationen der Berufssoldaten teils unmöglich gemacht, teils in einer Weise der Willkür der Vorgesetzten ausgeliefert, daß sie allerhöchstens ein Schattendasein führen können. **Jede Erziehung der Mannschaften in republikanischem Geiste, zur Treue gegen Republik und Verfassung wird durch diese Bestimmungen schlankweg unmöglich gemacht.**

Auch mit der Einführung des Heiratskonsenses, der die Eheschließung an die Genehmigung der Vorgesetzten bindet (§ 29), ist der General sehr einverstanden. Dabei beklagt er an anderer Stelle, daß sich nicht die genügende Anzahl anständiger Elemente zu zwölfjähriger Dienstverpflichtung bereitfinden würde. Wie soll ein zwanzigjähriger junger Mann sich aber auf zwölf Jahre verpflichten, wenn er sich damit zur Ehelosigkeit bis zum 32. Jahre verurteilt! Auch das willkürliche Entlassungsrecht der Vorgesetzten, wenn ein Mann nach ihrer Ansicht nicht mehr die „nötige dienstliche Eignung" besitzt (§ 19 a), ist eine Wonne für den reaktionären General. Den unsicheren Beschwerdeweg, der dagegen gegeben ist, möchte er sogar noch dadurch weiter eingeschränkt wissen, daß bei unbegründeter Beschwerde Bestrafung des Beschwerdeführers erfolgen soll. Das kann heiter werden! Ueber die Tatsache, daß der Rechtsweg zur Erlangung ihrer materiellen Ansprüche den Soldaten so verbarrikadiert wird, daß er einer Versagung des Rechtsanspruches gleichkommt, schweigt sich der General aus. Aber er wundert sich über die ungenügende Anzahl der Verpflichtung!

Noch eine weitere sehr schwere Gefahr birgt der Entwurf: Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages dürfen höchstens 5 Prozent der Mannschaften jährlich entlassen werden. Heute noch existieren in der Reichswehr geschlossene Formationen, die aus ihrer gegenrevolutionären Gesinnung in den Kapp-Tagen kein Hehl gemacht haben. So sind allein in die Marine 2000 Mann der Brigade Ehrhard, 2500 Mann der Brigade Löwenfeld, bei einer Gesamtstärke von 15 000 Mann, aufgenommen worden. Tritt das Reichswehrgesetz in Kraft, so wird auch jeder künftigen Regierung die Ausscheidung dieser Elemente unmöglich sein. Deshalb erscheint es dringend notwendig, eine Bestimmung zu fordern, wonach Angehörige, solcher Truppenverbände, die gegen die Regierung gemeutert haben, nicht in die neue Reichswehr eingestellt werden dürfen, abgesehen von solchen, die durch die Tat ihr Nichteinverständnis mit der Meuterei bewiesen haben.

Leider ist im Strom der Ereignisse die Reichswehrvorlage trotz ihres teilweise unglaublichen Inhalts von der Oeffentlichkeit noch gar nicht beachtet worden. Abgesehen von der sozialdemokratischen Presse und militärischen Fachzeitungen hat noch kein einziges Blatt kritisch zu ihr Stellung genommen. Auch die demokratische bürgerliche Presse hat, vielleicht, um Herrn Geßler zu schonen, sich bisher ausgeschwiegen. Um so notwendiger ist es, angesichts der drohenden Gefahr rechtzeitig Lärm zu schlagen.

E. K-r.

Aus der Spitzelzentrale Magdeburg.

Kaum ist in Magdeburg der Schleier gelüftet über die reaktionäre Spitzelnachrichtenstelle, deren Zweck die „Aufwühlung" des Bürgertums war, so kommen schon niedliche Dokumente zum Vorschein. Die „Vossische Zeitung" veröffentlicht folgenden Brief an den Berliner Vertreter der Spitzelzentrale namens Becker:

„Nach unserer Ansicht hätte es der Berliner Zentrale der Nachrichtenstelle möglich sein müssen, den Leitartikel der „Vossischen Zeitung" vom Freitag, den 8. Aug. 20, Morgenausgabe, „Landeshauptmann Escherich", zu verhindern. Gerade ein solcher in der Form sachlich gehaltener Artikel schadet uns mehr als Hetzartikel der sozialistischen Presse. Wenn es auch vielleicht nicht möglich ist, auf das „Berl. Tagebl." Einfluß zu gewinnen, so wäre es doch ein Leichtes gewesen, durch ein demokratisches Vereinsmitglied Georg Bernhard bis zu einem gewissen Grade einzuweihen. Da die Presse der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei ohnehin eingeweiht ist, wäre es die besondere Aufgabe Berlins gewesen, dafür zu sorgen, daß die Zentrums- und die gemäßigte demokratische Presse nicht gegen uns leitartikelt."

Die Auflösung der Brigade Döberitz.

Mißglückter Rechtfertigungsversuch.

Durch WTB. verbreitet das Reichswehrministerium eine langatmige Rechtfertigung, warum die Auflösung der Brigade Döberitz angeblich notwendig war. Darin heißt es:

Die Brigade Döberitz ist bekanntlich aus Bataillonen aller Wehrkreise zusammengesetzt. In ihr sind Pommern, Sachsen, Bayern, Württemberger usw. in gleicher Weise vertreten. Da die sieben Divisionen des 100 000-Mann-Heeres aus Landesangehörigen ihrer Wehrkreise zusammengesetzt sein sollen, so kann die aus Truppen aller Wehrkreise bestehende Brigade Döberitz auch nicht geschlossen in einen der sieben Wehrkreise übernommen werden. Eine solche Regelung würde die landsmannschaftliche Zusammensetzung der Wehrkreise durchbrechen. Sie ist also nicht angängig.

Niemand bedauert mehr als der Reichswehrminister und der Chef der Heeresleitung die Auflösung dieser ausgezeichneten Truppe, die, unter hervorragender Führung stehend, Außerordentliches im Aufbau des Heeres geleistet hat.

Wir haben auch hier wie in so manchen anderen Dingen nicht unseren eigenen Willen durchzusetzen vermocht, wir müssen uns vielmehr dem Diktat von Spa fügen.

Alle diese Redereien schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß, wenn man das Diktat von Spa anders hätte ausführen wollen, man es auch anders hätte ausführen können. Nirgends steht in dem Dokument von Versailles oder in dem von Spa, daß die sieben Divisionen des 100 000-Mann-Heeres aus Landesangehörigen ihrer Wehrkreise zusammengesetzt sein müssen. Das ist eine ganz willkürliche Anordnung des Reichswehrministeriums, an die es nur durch sich selbst gebunden war. Es hätte also anders gekonnt, es hat aber nicht gewollt.

Deutschnationale Jugendverhetzung.

In Dresden erscheint eine deutschnationale Jugendzeitung, die an Verhetzung das Aeußerste leistet. Wir zitieren aus Nr. 21 einen Absatz, der sich mit dem Streich an der französischen Botschaft befaßt:

Ebert der Ehrlose und seine ehrlosen Gesellen scheinen auch das Gefühl für völkische Solidarität nicht zu kennen. Die Ermordung des deutschen Konsuls in Täbrze und das Attentat auf Hindenburg ließ die Herren kalt. Es handelte sich ja nur um beste deutsche Männer. Während sie sich aber in Spa alles gefallen ließen, treiben sie die Bedientenseligkeit dem Feinde gegenüber bis zur Entstellung von Tatsachen und zur hündischen Winselei! Verlangen die Herren denn eigentlich, daß sich das deutsche Volk das noch länger gefallen läßt? Wir können ihnen nur versprechen, daß wir alles tun werden, was in unserer Macht steht, um so oft wie möglich und bei jeder Gelegenheit das

Romeo und Julia auf dem Dorfe.

Erzählung von Gottfried Keller.

(17. Fortsetzung.)

Bald waren sie auch im freien Felde und gingen still nebeneinander durch die Fluren; es war ein schöner Sonntagmorgen im September, keine Wolke stand am Himmel, die Höhen und die Wälder waren mit einem zarten Duftgewebe bekleidet, welches die Gegend geheimnisvoller und feierlicher machte, und von allen Seiten tönten die Kirchenglocken herüber, hier das harmonische tiefe Geläute einer reichen Ortschaft, dort die geschwätzigen zwei Bimmeglöcklein eines kleinen armen Dörfchens. Das liebende Paar vergaß, was am Ende dieses Tages werden sollte, und gab sich einzig der hoch aufatmenden wortlosen Freude hin, sauber gekleidet und frei, wie zwei Glückliche, die sich von Rechts wegen aufgehören, in den Sonntag hineinzuwandeln. Jeder in der Sonntagsstille verhallende Ton oder ferne Ruf klang ihnen erschütternd durch die Seele: denn die Liebe ist eine Glocke, welche das Entlegenste und Gleichgültigste widertönen läßt und in eine besondere Musik verwandelt.

Obgleich sie hungrig waren, dünkte sie die halbe Stunde Weges bis zum nächsten Dorfe nur ein Katzensprung lang zu sein, und sie betraten zögernd das Wirtshaus am Eingang des Ortes. Sali bestellte ein gutes Frühstück, und während es bereitet wurde, sahen sie mäuschenstill der sicheren und freundlichen Wirtschaft in der großen, reinlichen Gaststube zu. Der Wirt war zugleich ein Bäcker, das eben Gebackene durchduftete angenehm das ganze Haus, und Brot aller Art wurde in gehäuften Körben herbeigetragen, da nach der Kirche die Leute hier ihr Weißbrot holten oder ihren Frühschoppen tranken. Die Wirtin, eine artige und saubere Frau, putzte gelassen und freundlich ihre Kinder heraus, und sowie eines entlassen war, kam es zutraulich zu Vrenchen gelaufen, zeigte ihm seine Herrlichkeiten und erzählte von allem, dessen es sich erfreute und rühmte.

Wie nun der wohlduftende starke Kaffee kam, setzten sich die zwei Leutchen schüchtern an den Tisch, als ob sie da zu Gast gebeten wären. Sie ermunterten sich jedoch bald und flüsterten bescheiden, aber glückselig miteinander; ach, wie schmeckte dem aufblühenden Vrenchen der gute Kaffee, der fette Rahm, die frischen, noch warmen Brötchen, die schöne Butter und der Honig, der Eierkuchen und was alles noch für Leckerbissen da waren! Sie schmeckten ihm, weil es dem Sali dazu ansah, und es aß so vergnügt, als ob es ein Jahr lang gefastet hätte. Dazu freute es sich über das feine Geschirr, über die silbernen Kaffeelöffelchen; denn die Wirtin schien sie für rechtliche junge Leutchen zu halten, die man anständig bedienen müsse, und setzte sich auch ab und zu plaudernd zu ihnen, und die beiden gaben ihr verständigen Bescheid, was ihr gefiel. Es war dem guten Vrenchen so wohlig zumute, daß es nicht wußte, mochte es lieber wieder ins Freie, um allein mit seinem Schatz herumzuschweifen durch Auen oder Wälder, oder mochte es lieber in der gastlichen Stube bleiben, um wenigstens auf Stunden sich an einem stattlichen Orte zu Hause zu träumen.

Doch Sali erleichterte die Wahl, indem er ehrbar und geschäftig zum Aufbruch mahnte, als ob sie einen bestimmten und wichtigen Weg zu machen hätten. Die Wirtin und der Wirt begleiteten sie bis vor das Haus und entließen sie auf das wohlwollendste wegen ihres guten Benehmens, trotz der durchscheinenden Dürftigkeit, und das arme junge Blut verabschiedete sich mit den besten Manieren von der Welt und wandelte sittig und ehrbar von hinnen. Aber auch als sie schon wieder im Freien waren und einen stundenlangen Eichwald betraten, gingen sie noch in dieser Weise nebeneinander her, in angenehme Träume vertieft, als ob sie nicht aus zank- und elenderfüllten, verwüsteten Häusern herkämen, sondern guter Leute Kinder wären, welche in lieblicher Hoffnung wandelten. Vrenchen senkte das Köpfchen tiefsinnig gegen seine blumengeschmückte Brust und ging, die Hände sorglich an das Gewand gelegt, einher auf dem glatten feuchten Waldboden; Sali dagegen schritt schlank aufgerichtet, rasch und nachdenklich, die Augen auf die festen Eichenstämme geheftet wie ein Bauer, der überlegt, welche Bäume er am vorteilhaftesten fällen soll. Endlich erwachten sie aus diesen vergeblichen Träumen, sahen sich an und entdeckten, daß sie immer noch in der Haltung gingen, in welcher sie das Gasthaus verlassen, erröteten und ließen traurig die Köpfe hängen. Aber Jugend hat keine Tugend, der Wald war grün, der Himmel blau und sie allein in der weiten Welt, und sie überließen sich alsbald wieder diesem Gefühle.

Doch blieben sie nicht lange mehr allein, da die schöne Waldstraße sich belebte mit lustwandelnden Gruppen von jungen Leuten sowie mit einzelnen Paaren, welche schäkernd und singend die Zeit nach der Kirche verbrachten. Denn die Landleute haben so gut ihre ausgesuchten Promenaden und Lustwälder wie die Städter, nur mit dem Unterschied, daß dieselben keine Unterhaltung kosten und noch schöner sind: sie spazieren nicht nur mit einem besonderen Sinn des Sonntags durch ihre blühenden und reifenden Felder, sondern sie machen sehr gewählte Gänge durch Gehölze und an grünen Halden entlang, setzen sich hier auf eine anmutige fernsichtige Höhe, dort an einen Waldrand, lassen ihre Lieder ertönen und die schöne Wildnis ganz behaglich auf sich einwirken; und da sie dies offenbar nicht zu ihrer Pönitentun, sondern zu ihrem Vergnügen, so ist wohl anzunehmen, daß sie Sinn für die Natur haben, auch abgesehen von ihrer Nützlichkeit. Immer brechen sie was Grünes ab, junge Bursche wie alte Mütterchen, welche die alten Wege ihrer Jugend aufsuchen, und selbst steife Landmänner in den besten Geschäftsjahren, wenn sie über Land gehen, schneiden sich gern eine schlanke Gerte, sobald sie durch einen Wald gehen, und schälen die Blätter ab, von denen sie nur ein grünes Büschel stehen lassen. SolcheRuten tragen sie wie ein Zepter vor sich hin; wenn sie in eine Amtsstube oder Kanzlei treten, so stellen sie die Gerte ehrerbietig in einen Winkel, vergessen aber auch nach den ernstesten Verhandlungen nie, dieselbe säuberlich wieder mitzunehmen und unversehrt nach Hause zu tragen, wo es erst dem kleinen Söhnchen gestattet ist, sie zugrunde zu richten.

Als Sali und Vrenchen die vielen Spaziergänger sahen, lachten sie ins Fäustchen und freuten sich, auch gepaart zu sein, schlüpften aber seitwärts auf engere Waldpfade, wo sie sich in tiefen Einsamkeiten verloren. Sie hielten sich auf, wo es sie freute, eilten vorwärts und ruhten wieder, und wie keine Wolke am reinen Himmel stand, trübte auch keine Sorge in diesen Stunden ihr Gemüt; sie vergaßen, woher sie kamen und wohin sie gingen, und benahmen sich so fein und ordentlich dabei, daß trotz aller frohen Erregung und Bewegung Vrenchens niedlicher einfacher Aufputz so frisch und unversehrt blieb, wie er am Morgen gewesen war. Sali betrug sich auf diesem Wege nicht wie ein beinahe zwanzigjähriger Landbursche oder der Sohn eines verkommenen Schenkwirtes, sondern wie wenn er einige Jahre jünger und sehr wohl erzogen wäre, und es war beinahe komisch, wie er nur immer sein feines, lustiges Vrenchen ansah, voll Zärtlichkeit, Sorgfalt und Achtung. Denn die armen Leutchen mußten an diesem einen Tage, der ihnen vergönnt war, alle Manieren und Stimmungen der Liebe durchleben und sowohl die verlorenen Tage der zarteren Zeit nachholen, als das leidenschaftliche Ende vorausnehmen mit der Hingabe ihres Lebens.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200812-18/fragment/page=0002

nationale Tätigkeit zu betonen, wenn es die Regierung nicht tut, daß wir alles tun werden, um die endgültige Hinausbeförderung der Ententekommissionen und ihre Helfershelfer im Laufe der Zeit vorzubereiten, wenn nicht im Guten, dann im Bösen.

Wollen die Deutschnationalen nach solchen Proben auch leugnen, daß ihre Verhetzung die ausschließliche Schuld daran trägt, wenn sich Exzesse à la Krczeminski wiederholen? Diesen Gesellen muß endlich das Handwerk gelegt werden, denn das deutsche Volk ist es satt, die Fensterscheiben zu bezahlen, die von diesen grünen Jungen eingeworfen werden.

Aus dem Saargebiet.

Der französische Terror im Saargebiet. Die französische Besatzungsbehörde hat den streikenden Beamten anbefohlen, Dienst zu tun. Alle Beamten, die sich weigern, sollen verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Viele sind flüchtig. Die Arbeiter der Post-, Telegraphie und Eisenbahn haben sich mit den übrigen Beamten solidarisch erklärt und sind in den Streik eingetreten. Truppen sind in das Saargebiet gelegt worden. Durch das französische Militär werden weitere Verhaftungen vorgenommen. Es sollen verschiedentlich Mißhandlungen der Verhafteten vorgekommen sein.

Verkehrsstörungen im besetzten Gebiet. Der Verkehrsstreik im Saargebiet hat im ganzen besetzten Gebiet große Verkehrsstörungen hervorgerufen.

Mainz, 11. August. Nach einem direkten Bericht aus Saarbrücken ist die Stadt völlig ruhig. Die Eisenbahner sind als requiriert erklärt worden. Es ist den französischen Behörden gelungen, einige Kohlenzüge zusammenzustellen, auch die internationalen Expreßzüge fahren. Der Post-, Telephon- und Telegraphendienst ruht immer noch vollständig. Die Bergwerksbeamten, die am Sonntag dem Streik beigetreten waren, kehrten Montag zu ihrer Arbeitsstätte zurück.

Frankfurt (Main), 11. August. Der „Frankfurter Zeitung" zufolge hat sich im Saargebiet die Lage durch die drakonischen Maßnahmen der Regierungskommission noch verschärft. Nachdem die Bergleute den Streik beschlossen haben, erwartet man nunmehr den Beginn des Generalstreiks. Die Besatzungstruppen werden andauernd verstärkt. Die Haussuchungen bei verdächtigen Personen werden fortgesetzt. Die deutsche Presse des Saargebietes ist mundtot gemacht. Die „Saarbrücker Zeitung", die „Saarbrücker Landeszeitung", die „Volksstimme" und die „Völklinger Nachrichten" und andere Zeitungen sind auf vier Wochen verboten worden. Fast alle Redakteure wurden verhaftet. Die Bevölkerung hofft, daß der Völkerbund die jetzige Regierungskommission durch eine wirklich neutrale ersetzen werde, da die jetzige Kommission nur französische Annexionspolitik treibe.

Kommunistische Unruhen in Memel.

Memel, 11. August. Zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei kam es gestern abend zu Zusammenstößen. Nach einer Kommunistenversammlung wollte sich ein Zug nach der Wohnung des Gouverneurs Odry begeben, um gegen die von diesem ausgesprochene Ablehnung der Forderung der Rückkehr von drei im Juni ausgewiesenen Agitatoren zu demonstrieren. Die Polizei, die dem Zuge entgegentrat, wurde mit Steinen beworfen. Auch fielen aus der Menge zwei Schüsse. Die Polizei ging darauf mit der Waffe vor und trieb die Menge auseinander. Mehrere Polizisten und Demonstranten wurden verletzt. Heute früh legten die Arbeiter in zahlreichen Betrieben die Arbeit nieder, auch das Gas- und Elektrizitätswerk wurden stillgelegt.

Memel, 11. August. Im Laufe des heutigen Tages wurde der Generalstreik allgemein. Die Arbeiter wurden aus den Betrieben herausgeholt. Es handelt sich um eine kommunistische Aktion der Betriebsräte, deren Führer zum erheblichen Teil von auswärts hierher gekommen sind. Die Gewerkschaften sind vollkommen ausgeschaltet. Die Verhandlungen mit der französischen Besatzungsbehörde haben zu keinem Ergebnis geführt. Memel ist ohne Gas, Wasser und Elektrizität. Die Zeitungen können nicht erscheinen.

Ausland.

Rußland und Lettland. Das lettisch-russische Friedensabkommen bestimmt u. a., daß die von beiden Parteien beabsichtigte Volksabstimmung im Gebiet von Drissa und Dünaburg nicht stattfinden soll, dagegen soll eine Teilung der strittigen Zone nach gegenseitigem Uebereinkommen vorgesehen werden. Lettland erhält in Rußland Waldkonzessionen. Es wird weiter bestimmt, daß die Lettland gehörenden Besitztümer, Maschinen, Eisenbahnmaterial, Wertpapiere usw., die im Jahre 1915 oder später nach Rußland gebracht wurden, an Lettland zurückgegeben werden sollen. Sowjet-Rußland ist jedoch berechtigt, den Gegenwert in Gold zu entrichten. In spätestens zwei Monaten nach der Ratifizierung des Friedens wird Rußland an Lettland einen Vorschuß von vier Millionen Rubel in Gold zahlen.

Notizen.

Die deutsche Friedensdelegation in Paris veröffentlicht folgende Note: Es ist falsch, daß sich die Delegation, die mit der Friedenskonferenz in Beziehungen stand, aufgelöst hat. Allerdings ist der Chef derselben, Göppert, nach Berlin zurückgekehrt, wo für ihn ein Posten im Ministerium des Auswärtigen offen sind. Sein Nachfolger wird aber demnächst ernannt werden. Die Funktionen besorgt interimistisch der deutsche Botschaftsrat von Wedel in Paris.

Aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen. Im Hauptbahnhof Frankfurt a. M. trafen, wie der „Vorwärts" berichtet, vor einigen Tagen hunderte von Arbeiterfamilien aus dem elsaß-lothringischen Kohlenbezirk bei Diedenhofen ein, die innerhalb 48 Stunden unter Zurücklassung aller Möbel ihre Wohnungen verlassen mußten und nur die allernotwendigsten Habseligkeiten mitnehmen durften. Ausgewiesene berichten, daß die französische Regierung an ihre Stelle italienische und tschechoslowakische Arbeiter setze. Den Ausweisungen sollen weitere größere Transporte folgen.

Die Genfer Konferenz. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der Deutschen Regierung eine Einladung zu der Genfer Konferenz bisher nicht zugegangen. Auch über den Termin ist an zuständiger Stelle nichts bekannt.

Das französisch-belgische Militärabkommen. Man vernimmt aus zuverlässiger Quelle, daß das französisch-belgische Militärabkommen von den Militärchefs der beiden Länder unterzeichnet worden ist.

13 360 Mann englische Truppen in Deutschland. Einer Matinmeldung aus London zufolge hat Churchill im Unterhause erklärt, daß die englische Regierung gegenwärtig in Deutschland 13 360 Mann englischer Truppen stehen habe.

Der Arbeitsnachweis als Reichsbehörde.

Von Oberbürgermeister Leinert-Hannover.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns kündigte das bereits in Vorbereitung begriffene Gesetz über den Arbeitsnachweis an, ohne nähere Mitteilungen über die Ziele des Reichsgesetzes dem Vertreter des WTB. zu machen. Daß ein solches Gesetz kommen muß, darüber gibt es keinerlei Meinungsverschiedenheit, denn mit Verordnungen läßt sich dieses Gebiet der Sozialpolitik nicht mehr erledigen. Vor dem Kriege ist eine gesetzliche Regelung vergebens gefordert worden, aber man glaubte sich mit einigen tausend Mark Unterstützung am vorhandenen Arbeitsnachweis von der gesetzlichen Vorschrift loskaufen zu können und genug zu tun, wenn — namentlich in Preußen — die Gemeinden von Zeit zu Zeit zur Errichtung von Arbeitsnachweisen aufgefordert wurden. Die „öffentlichen" Arbeitsnachweise führten auch vor sich beschauliches Dasein gegenüber dem gegen die Arbeiter schikanös ausgebauten terroristischen Maßregelungsbüros der Arbeitgeber. Jede Verstimmung des „Herrn im Hause" suchte man regierungsseitig zu vermeiden und förderte damit absichtlich die Unterwerfung des Schicksals der Arbeiter unter den Willen der Arbeitgeber.

Wie die Regierungen, so waren auch die Gemeinden gesonnen. Auch sie hatten mit der Errichtung von Arbeitsnachweisen nicht das große Problem der Arbeitsvermittlung lösen, sondern sich einer unangenehmen Verpflichtung entziehen wollen. In möglichst versteckter Straße und in dürftigen Räumen mit den denkbar geringsten Mitteln ohne entscheidende Mitwirkung der Arbeiter auf Leiter und Beirat der Arbeitsnachweise hatte man sich der sozialen Aufgabe entledigt.

Seit der Revolution ist das anders geworden. Die Arbeitgebernachweise sind auf Grund der Demobilmachungsbestimmungen in die öffentlichen Arbeitsnachweise eingegliedert und zum Teil aufgehoben. Landesarbeitsämter schließen das Netz der Nachweise lückenlos zusammen. Von der geschickten Ausnutzung der Einrichtungen hängt ihr Funktionieren jetzt im Wesentlichen ab.

Diesem Ausbau fehlt nun nur die gesetzliche Grundlage. Nach den bisherigen Verlautbarungen gehen die Absichten der Gesetzgebung auf Schaffung von Reichs-Organisationen. Der lokale Arbeitsnachweis soll in Gemeinden und Gemeindeverbänden Reichseinrichtung werden, ebenso das Landesarbeitsamt und alles einmünden in die Spitze des Reichsarbeitsamts. Das bedeutet, daß der Arbeitsnachweis eine demokratische Einrichtung wird. Starr und ohne Beweglichkeit in dem untersten Aufbau kann ihm auch durch eine übergewichtliche Beteiligung der Arbeiter nicht die erforderliche Lebendigkeit gegeben werden. Diese Klagen sind heute schon über die Landesarbeitsämter zu hören, weil sie teilweise ohne Mitwirkung der Arbeitergrganisationen errichtet sind und Arbeitgebern und Arbeitern nur eine Stellung zuweisen, die dem Aufsichtsrat einer Gesellschaft ähnlich ist. Bei Reichseinrichtungen wird dies noch schlimmer werden, der „Aufsichtsrat" muß dabei noch dekorative Stellung erhalten.

Nun soll keineswegs behauptet werden, daß das Gesagte nicht auch auf die von Gemeinden errichteten Arbeitsnachweise zutrifft. Auch hier sind die monatlichen Sitzungen der Aufsichtskommission nicht genügender Einfluß. Hier ist aber jede Möglichkeit größeren Einflusses gegeben und deshalb muß die Reichseinrichtung abgelehnt und die Gemeinde-Einrichtung gefordert werden.

Es handelt sich ja nicht nur um den Arbeitsnachwis allein, sondern um den ganzen Komplex der damit verbundenen Fragen, die in einem Arbeitsamt vereinigt sein müssen, Beschäftigung, Unterstützung Bedürftiger, Versorgung beschränkt Arbeitsfähiger, Versorgung mit Arbeitskleidung der Familien auswärts Arbeitender, Beförderung der Arbeiter zu den Arbeitsstätten, Notstandsarbeiten, Speisung Arbeitsloser, Wärmehallen, Berufsberatung, Schlichtungswesen, Herbergen und vieles Andere muß geregelt werden. Das kann befriedigend eine Reichsbeörde nicht leisten, sondern nur die Gemeindebehörde. Man schafft sonst wieder wie bei den Finanzämtern neue Behörden, die neben den Gemeindebehörden bestehen und viele Tätigkeiten durch eigene Beamten verrichten, die die Gemeinden in gleicher Weise schneller und billiger erledigen können.

Bei der Bürokratie ist der leitende Beamte entscheidend. Beschwerden erledigt das gleiche übergeordnete Amt (Landesarbeitsamt, Reichsarbeitsamt) in schriftlicher nichtöffentlicher Form und hält sich streng an die gesetzlichen Bestimmungen. Die öffentliche Instanz ist der Reichstag oder der Wirtschaftsrat, der sich auch nur ohne öffentlichen Vortrag der Beteiligten auf Grund der Akten damit beschäftigen kann und meist so spät, daß die Wünsche der Beteiligten nicht ausführlich zur Geltung kommen. Das Arbeitsamt als Reichsbehörde berichtet an die vorgesetzte Behörde und kann sich jeder Einwirkung Dritter entziehen.

Ganz anders ist es bestellt mit dem Gemeindearbeitsamt. Genügt der leitende Beamte nicht, so ist leicht ein anderer an seine Stelle zu beschaffen. Jeder Beschwerde kann durch den Magistrat schnell abgeholfen werden und, wenn dieser versagt, ist eine Besprechung und Beschlußfassung im Stadtverordnetenkollegium möglich. Dort sind die unmittelbar Beteiligten selbst vertreten, es kann mit größerer Kenntnis der Personen und Fälle Abhilfe geschaffen werden. Durch den öffentlichen unmittelbaren Druck, den die Arbeiter in den Gemeinden ausüben, ist die Ausgestaltung der Arbeitsämter viel besser zu erreichen, als durch Reichsbehörden.

Wir müssen darauf bedacht sein, die Behördenorganisation zu verringern, statt sie zu vermehren. Vor allem aber müssen wir uns hüten, die Bedürfnisse des Volkes unpraktisch zu erledigen. Was die Gemeinden erledigen können, muß ihnen zugewiesen werden; tun sie es nicht freiwillig, muß der gesetzliche Zwang eintreten. Nimmt man den Gemeinden aber die soziale Tätigkeit, höhlt man ihre Wirksamkeit aus, so untergräbt man die Wurzeln der Demokratie. Die Demokratie hat zur Voraussetzung die unmittelbare Berührung der Behörden mit der Bevölkerung und Unterstellung der Behörden unter die Kontrolle der Bevölkerung im allgemeinen, nicht nur der mittelbar Beteiligten. Wird dem Letzteren nicht Rechnung getragen, so schafft man eine aristokratische Verwaltung für bestimmte Personen und Gebiete, ohne sie mit mehr als dem Schein der Selbstverwaltung auszustatten. Wirkliche Selbstverwaltungsorgane sind nur die Gemeinden; sie sind keine Interessenvertretungen mehr wie früher und können innerhalb ihrer Wahrnehmung der Gesamtinteressen den einzelnen Schichten der Bevölkerung die größtmöglichste Mitwirkung eigener Angelegenheiten sichern. **Deshalb muß auch das Arbeitsamt Angelegenheit der Gemeinde bleiben.**

Gewerkschaftliches.

Die Hirsch-Dunkerschen gegen gewerkschaftliche Grundsätze.

Von allen der Zentralarbeitsgemeinschaft angeschlossenen Arbeiterorganisationen sind gemeinschaftliche Grundsätze aufgestellt, in denen auch folgende Sätze enthalten sind:

„Die finanziellen Mittel zur Durchführung des Zweckes der Arbeitnehmergewerkschaft sind durch Beiträge der Mitglieder aufzubringen. Die Arbeitnehmergewerkschaft darf keine Zuwendung materieller Art von Unternehmern oder Unternehmerorganisationen annehmen."

Der gelbe Fleischergesellenverband hat sich, um als „anerkannte Gewerkschaft" zur Geltung zu kommen, den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften angeschlossen. Seitens der Ortskartelle und der verschiedenen örtlichen Organisationen der „Hirsche" werden die gelben Fleischergesellen mit Freuden aufgenommen, anstatt daß man sich von ihnen wende, wie das die christlichen Gewerkschaften getan haben. Die „Hirsche" halten es sogar noch für richtig, daß der Fleischergesellenverband nach wie vor Zuwendungen materieller Art von Fleischermeistern und ihren Organisationen annimmt. Zehntausend Mark hat der Gelbe Bund vom Fleischermeisterverband erhalten. Die Breslauer Innung erhebt pro Mitglied und Quartal 2,50 M. für den Gelben Bund, außerdem sammeln Fleischermeister auf vom Bund herausgegebenen Listen „zur Deckung seiner Unkosten". Selbst in Orten, wo der Bund Mitglieder hat, läßt der Bund die „Versammlungen für Meister und Gesellen" von den Innungen einberufen, die auch den Bundesreferenten die Unkosten erstatten. In Dresden wurden dem Bund sogar die Adressen der in Fleischereien Beschäftigten durch die Innungskrankenkasse beschafft. In manchen Orten erklären die Innungsvorstände den Vertretern des Zentralverbandes der Fleischer, daß sie einen Tarif nur mit dem Hirsch-Dunkerschen Bund abschließen, denn wozu zahlen wir denn das viele Geld an diesen? Natürlich enthalten solche Tarife bei weitem nicht die Forderungen des Zentralverbandes der Fleischer, und schließlich kümmert sich hinterher meist die Innung noch der Bund überhaupt um den Tarif, weil er ja doch nur abgeschlossen wurde, um den Zentralverband an einen Tarifabschluß zu hindern. Den Hirsch-Dunkerschen ist das alles nicht unbekannt, aber sie haben eine „Gewerkschaft" und eine Anzahl Mitglieder mehr, und darauf kommt's ihnen an.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Beigelegter Streik der Telegraphen-Angestellten in Wien.

Wien, 11. August. Der am Montag ausgebrochene Streik der Telegraphen- und Telephon-Angestellten ist beigelegt worden. Heute abend wird der Telephon- und Telegraphenverkehr wieder aufgenommen. Die Lösung noch offengebliebener Fragen wurde auf die für Freitag anberaumte Vollsitzung des Kabinetts verschoben.

Warschau in Not.

Berlin, 12. August. Das Umfassungsmanöver im Norden und Süden gegen Warschau, soll sich, wie berichtet wird, mit überraschender Schnelligkeit entwickeln. Im übrigen sind die Polen auf Solbau zurückgegangen. Die Not der Warschauer Bevölkerung ist auf ihren Höhepunkt angelangt, und wie der „D. Allgem. Ztg." berichtet wird, der Wucher ebenfalls. Die Lebensmittel wurden restlos beschlagnahmt. Die Eisenbahnfahrkarten sind in den Händen von Schiebern, die sich für eine Fahrkarte Warschau—Danzig 4000 Mark bezahlen lassen. Ostpreußen wird von bolschewistischen Propagandisten überflutet.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Betr. Höchstpreise für Braunkohlenbriketts.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September und 4. November 1915 wird folgendes bestimmt:

1. Im Einvernehmen mit der Preisprüfungsstelle werden die Höchstpreise für Braunkohlenbriketts bis auf weiteres mit Wirkung ab 9. August 1920 wie folgt festgesetzt.

Bei Lieferung aus Eisenbahnwagen:

Für Verbraucher:

a) bei fuhrenweiser Anfuhr von
5— 9 Ztr. . . . . 15,15 M.
10—19 Ztr. . . . . 14,95 M.
20—29 Ztr. . . . . 14,85 M.
30 und mehr Zentner . 14,75 M.
je 1 Ztr. geschüttet frei Gelaß zu ebener Erde in der Innenstadt Halle.

Nach Cröllwitz und Trotha 25 Pfg. mehr, Aufschichten 40 Pf. extra.

b) ab Platz der Händler:
mit Gleisanschluß 13,85 M je 1 Ztr.,
ohne Gleisanschluß 14,75 M je 1 Ztr..

Die Preise für Landabfallkohlen sind den Verbrauchern besonders mitzuteilen. Die Lieferung ist nach vorheriger Preisvereinbarung auszuführen.

2. Für Nahrpreisteine aufgeschichtet (50 Stück gleichwertig 1 Ztr. Briketts) betragen die Preise 50 Pfg. mehr als die unter 1a festgesetzten Brikettpreise.

3. Zuwiderhandlungen gegen diese Bekanntmachung unterliegen in der Verordnung vom 6. April 1920 enthaltenen Strafbestimmungen.

Halle, den 11. August 1920.

Der Magistrat. Die Ortskohlenstelle.

Lebensmittel-Kalender.

Verkauf von Auslandsspeck. Der Verkauf von amerikanischem Speck findet am Sonnabend, den 14. August, statt. Es werden 250 Gramm je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der Marke 26 der Einfuhr-Zusatzkarte sind verpflichtet, die Marken in üblicher Weise bis 16. August an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 250 Gramm 6 Mk.

Verkauf von Corned-Beef. Am Sonnabend, den 14. d. M., werden bei den Fleischern für jede Person eines Haushaltes 100 Gramm Corned-Beef verabfolgt. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Fleischmarken 2A — 2K — bei den Kinderkarten 2A — 2E — für die Woche vom 9. bis 15. August. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken in üblicher eWise bis 16. August an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 100 Gramm 1,90 Mk.

Städtischer Verkauf von Bratfett (kein Pflanzenfett), Reis, Armeekonserven mit reichlich Fleisch sowie Roß-Rol- und Leberwurst in der Talamtschule am Freitag, den 13. August. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 65 001 bis 70 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 70 001 bis 75 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund Bratfett zum Preise von 6 Mk. für das halbe Pfund, ½ Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk. für das halbe Pfund, 1 Dose Armee-Konserven zum Preise von 6,50 Mk. und eine ½-Kilo-Dose Roßwurst zum Preise von 5 Mk. abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Freitag, den 13. August. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53 001—55 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 55 001 bis 57 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es können an jede Person eines Haushaltes 115 Gramm zum Preise von 1 Mk. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Versorgung mit Kartoffeln. In der Woche vom 16. bis 22. 8. können auf die Marke 54 der neuen Kartoffelkarte 8 Pfund Frühkartoffeln gekauft werden. Der Preis für das Pfund Kartoffeln beträgt 45 Pfg. Der Verkauf erfolgt vom Sonnabend, den 14. bis einschließlich Mittwoch, den 18. August. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag, den 19. August, im Stadternährungsamt, Zimmer 46, abzuliefern.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Lanzke, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200812-18/fragment/page=0003

Ab Freitag! Gr. Ulrichstr. 51, Tel. 4681

U.T.

Erstaufführung

Figaros Hochzeit!

Das grosse Monumental-Filmwerk. 6 Akte.

Vorführung: 4.10, 6.20, 8.35.
Sonn- und Wochentags Einlass 3½ Uhr, Beginn 4 Uhr.

In den Hauptrollen **Hella Moja!**
Alexander Moissi, Ed. v. Winterstein, Paul Graetz, Ilka Grüning.

Wochentags auf allen Plätzen bis 5 Uhr **kleine Preise** bei vollem Programm.

Heilquellen

Bad Neu-Ragoczy b. Halle.

Aerztlich empfohlen bei **Hauskuren** Aerztlich empfohlen bei

Rheuma, Gicht, Frauenleiden, Furunkulose, Katarrhen des Rachens usw. usw.

Magen-, Darm- u. Leber-Leiden, Blutarmut, Skrophulose, Rachitis, Hämorrhoiden, Diabetes.

Zu haben in Halle a. S.:

Engel-Apotheke, Kleinschmieden **Apoth. Krütgen**, Drogerie, Merseburgerstr.
Rich. Wagner-Apotheke, Rich. Wagnerstr. „ **Reubke**, Dom-Drogerie, Mansfelderstr.
Stern-Apotheke, Magdeburgerstr. **Drog. Kreyer**, Königs-Drogerie, Lindenstr.
Mohren-Apotheke, L. Wucherer- u. Reilstr.-Ecke, **Oskar Ballin jr.**, Leipzigerstr 63
Wilh. Ender, Kaiser-Drogerie, Ludwig-Wuchererstr. 33 **Apotheke Ammendorf**
Schloss-Drogerie Wettin a. S. Drogerie Dankwarth in Dölau.
H. G. Strasser, Wettin.

Man achte auf das Wort „Neu-Ragoczy".

Vertreter: **G. Förste, Halle**, Streiberstrasse 15. Telenbon 2611.
Kurt Pernitzsch, Schondorf Nachf., Wilhelmstrasse 17. Telephon 4756.

Sozialdemokratische Partei Weißenfels (S. P. D.)

Freitag, den 13. August, abends 8 Uhr in „Schumanns Garten"

große öffentliche Versammlung.

Genosse Professor Waentig-Halle spricht über:

Spa—Genf—Moskau.

Parteigenossinen und Genossen, Arbeiter, Beamte, Bürger, erscheint in Massen!

Eintritt 50 Pfg. Der Vorstand.

Große Rollen

Klosettpapier

empfiehlt zum Preise von **Mark 1,70**

Buchhandlung der **Volksstimme**

Gr. Ulrichstr. 27

Maschinenöle und Fette,

gelbes Lederfett, Friedensqualität

Ia Wagenfette in jeder Menge.

Maass & Co.,

Verkaufsstelle für Oele, Fette und verw. Produkte, Halle a. S., Herrenstr. 25.

Weißenfels

15. Buttermarke.

Von Sonnabend früh ab findet in sämtlichen Buttergeschäften gegen Abgabe der 15. Buttermarke Verkauf von Schmalz statt. Auf jede Marke werden

100 Gramm zum Preise von 3.00 Mk.

verabfolgt.

Ablieferungstag der Marken am Donnerstag, den 9. August 1920.

Unterbringung städtischer Pflegekinder.

Wir haben — spätestens zum 1. September d. Js — 3 Knaben im Alter von 12, 9 und 7 Jahren in Pflege und Erziehung unterzubringen und benötigen geeignete Pflegestellen. Diejenigen Familien, welche gewillt sind Kinder in Pflege und Erziehung zu nehmen, wollen Meldungen unter Angabe der Anspruche schriftlich an den Magistrat — Armenverwaltung — einreichen, oder mündlich auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 7, anbringen.

Weißenfels, den 7. August 1920.

Der Magistrat — Armenverwaltung.

Rentenempfänger.

Die Bescheinigungen auf den Rentenquittungen der Invaliden-, Alters-, Unfall-, Witwen-, Kranken- und Waisenrentenempfänger werden zukünftig

a) für die Rentenempfänger diesseits der Bahn in der Polizeiwache des Rathauses,
b) für die Rentenempfänger jenseits der Bahn in der Neustadtpolizeiwache

ausgestellt.

Die Rentenempfänger werden ersucht, ihre Rentenquittungen möglichst 3 Tage vor dem Monatsersten in den bezeichneten Dienststellen abzugeben und sie an dem betreffenden Monatsersten mit der Bescheinigung versehen dortselbst wieder in Empfang zu nehmen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Rentenempfänger selbst in den Polizeiwachen erscheinen müssen, woselbst auch Rentenquittungsformulare in Empfang genommen werden können.

Weißenfels, den 7. August 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Buchdruckerei Schmidt & Erdel

Fernruf 2472 **Halle a. S.** Kl. Ulrichstr. 8

empfiehlt sich bei Bedarf zur Herstellung von

Drucksachen aller Art

Wir liefern nicht nur **Werke, Kataloge** und **Zeitschriften**, sondern auch **sämtliche Drucksachen für Handel, Gewerbe u. Privatgebrauch in tadellos. Ausführung.**

Gleichzeitig bringen wir unsere

Buchbinderei in empfehlende Erinnerng.

Margarine

feinste Qualität, stets vorrätig.
1 Pfund nur **10.60** Mk.

Otto Bornschein, G. m. b. H., Mittelstr. 21.

Hausfrauen

schützen eingemachte Früchte usw. vor Verderben durch Verwendung von

Salizyl-Pergamentpapier,

echt imprägniert, in alter, guter Qualität zu früherem Preise von **Mk. 1.30** für 2 Bogen. à 60 × 40 cm.

Ebenso empfehlen wir für den gleichen Zweck **gutes**

Pergamentpapier zum Vorzugspreise

von **Mk. 1.30** der Meter.

Butterbrotpapier,

im Karton oder staubdichten Hüllen, zum Anhängen, je **Mk. 1.70.**

Die Lieferung erfolgt auf Wunsch auch durch unsere Zeitungsträgerinnen.

Buchhandlung der Volksstimme,

Große Ulrichstraße 27. Fernruf 5407.

Fernruf **U.T** 1224.

Leipzigerstrasse 88

Ab morgen!

Erst-Aufführung

Der Leiermann

Grosses Drama in 5 Akten mit **Max Neufeld.**

Prachtvolle Natur-Aufnahmen aus den bayrischen Bergen erhöhen die schon packende Handlung.

Vorführung: 4.50 7.00 9.20.

Doktor Klaus

Volksstück in 3 Akten nach dem gleichnamigen Bühnenwerk von **Adolf L'Arronge.**

Vorführung: 4.00 6.10 8.20.

Beginn 4 Uhr.

In beiden Theatern wochentags bis 5 Uhr **kleine Preise** bei vollem Programm. Eintrittskarten haben nur am Tage der Lösung Gültigkeit.

U.T

Alte Promenade 11a

Ab morgen!

Erst-Aufführung

des mit grossem Erfolg in Leipzig auf geführten Films

Die Geächteten (Der Ritualmord)

Gigantisches Filmwerk in 7 Akten.

In den Hauptrollen:

Alfred Abel, Rita Clermont, Wilh. Diegelmann, Rosa Valetti.

„Berliner Mittagszeitung": In dem Filmpalast am Potsdamer Platz ist in dem Kinodrama „Die Geächteten" der Beweis erbracht worden, daß die Flimmerwand als Kulturfaktor wirken kann. Es war ein ernster Vormittag, der eine fast andächtige Gemeinde zu diesem Drama vereinigte, dessen Held nicht nur Mensch, sondern ein Volk ist.

„Neue Berliner 12-Uhr-Zeitung": ... Dieser Film will mehr als unterhalten er will die Wahrheit predigen. In berücken" der Pracht entstehen die Bilder aus der Antike. Die Darstellung ist meisterhaft.

„Berliner Börsenzeitung" .....

Ein Kulturfilm allerersten Ranges, ein monumentales Werk von einer seltenen Gediegenheit. Szene für Szene ein Meisterwerk, besonders die Massenszenen. Die am Hofe Alexanders des Großen spielenden Szenen waren ein Kunstwerk für sich.

Vorführung: 4.10 6.20 8.30.

Die neuesten Wochenberichte.

Beginn 4 Uhr.

Fernruf **U.T** 5738.

Bad Wittekind.

Freitag, d. 13. Aug. 1920 abends 8 Uhr

Gross. Abend-Konzert

vom Philharmonisch. Orchester (Operetten und Walzer) als **Ehrenabend für Obermusikmeister Karl Steuer.**

Leitung: Obermusikmeister **Karl Steuer.**

Eintrittspreise: Erwachs. 2.— Kinder 1,50

Abonnement aufgehoben.

Apollo-Theater.

Anfg. 8 Uhr: **„Hanni geht tanzen."** Opt. i. 3 Bild. v. **E. Eyoler.** Vorverk. 9—1 u. 5—½ 7.

Vernickelung,

Emaillieren v. Fahrrädern usw. pp. billig.

Gebr. Plato,

Gr. Brauhausstraße 29.

Brunnerts Hofjäger

Morgen Freitag abend 8 Uhr

grosses humoristisches Extra-Konzert

ausgeführt vom gesamten **Seifert-Orchester** unter Mitwirkung des beliebten

Burgemeister-Quartetts.

Einlaß 1 Mk. Bei ungünstiger Witterung im Saale.

Fritz Brunnert.

Kaffeehaus Roland,

Markt 23.

Täglich Künstler-Konzert.

Anfang abends ½8. Sonntag nachm. 4 Uhr.

Carl Lange.

Zu beziehen durch die

Parteibuchhandlungen des Verbreitungsbezirks

Buchhandlung der Volksstimme, Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27.

Volksbuchhandlung Naumburg, Marienstraße (nahe am Markt).

Ambulatorium

für

Haut-, Geschlechts- u. Beinleiden.

Facharzt Sanitätsrat **Dr. Kallmann.**

Markt 17. Hirschapotheke. Spr.-Std. 10—1, 3—5 auch Montag, Mittwoch, Freitag 6—7.

Zu verkaufen

Wir haben einen großen Posten dünnen **Papier-**

Bindfaden

im ganzen oder kiloweise preiswert abzugeben.

„Verlag Volksstimme", G. m. b. H., Gr. Ulrichstraße 27 Fernruf 5407.

Sie staunen Alle

hier im lieben Halle über die billigen Preise, die ich **ausnahmsweise** bringe im

Sensations-Verkauf.

Darum auch der gr. Lauf. **Noch ist es Zeit,** benutze die Gelegenheit, Gute Ware, billige Preise, bracht' ich von der Reise Die Preise steigen kolossal. Darum schnell zu

Martin Rosenthal,

Schmeerstr. 5, nur 1 Tr.

Kaufgesuche

Ankauf von

Gold- und Silbersachen, getrag. Taschen-Uhren, zahle höchste Preise. **Ursin.** Uhrmacher. Sternstr. 6 I. Tel. 1553.

Vermischtes

Billiges

Steingut

Wasch-Service mit grossen Becken Mark 69.85 39.65 **29**

Küch.-Garnitur. 22 teil., elfb. u. bunt M. 135.25 125.85 89.65 **79**

Salatschüssein gross, weiss Mark **2**

Schüsseln im Satz 6 Stück Mark **9**

Tassen bunt Mk. 1.65 weiss **95**

Teller tief u. flach Mark 2.85 1.95 **1**

mit klein. Fehlern **95**

Einkochgläser Konservengläser mit Ring und Bügel ¼ ½ ¾ 1 1½ 2 Ltr. 2.45 2.65 2.95 3.65 4.35 4.95 M.

Fleischgläser mit Ring und Bügel ½ ¾ 1 1½ 2 Ltr. 3.45 3.95 4.85 5.85 6.85 M.

Mus-Töpfe in allen Grössen.

Sobel, Steingutgeschäft, Gr. Ulrichstr. 9, Reilstr. 1, Ammendorf-Bahnhofstr. 1, Cöthen, Schauniscbeck 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200812-18/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Bezirksvorstandssitzung. Freitag, den 13. August im Parteibüro.

Referentenvereinigung. Heute abend 8 Uhr findet unser nächster Diskutierabend statt. Gen. Kunzmann wird über die allgemeine politische Lage sprechen. Vollzähliges Erscheinen ist dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Eisenbahner der S. P. D. Montag, den 16. August, abends ½8 Uhr Versammlung in Wilsdorfs Gesellschaftshaus. Das Erscheinen aller Genossen wird erwartet.

Verein Arbeiter-Jugend. Heute abend 7 Uhr Spielen auf der Peißnitz. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

* **Freier Sängerchor.** Freitag, abend 8 Uhr, im Vereinslokal „Zum Schultheiß“, Merseburger Straße 10. Singestunde! Wir bitten die Sangesbrüder pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Sonntag, den 15. August, Ausflug nach Ammendorf und Umgegend unter Führung der Ammendorfer Genossen und Sangesbrüder mit einem anschließenden Tanzkränzchen. Treffpunkt Mittag ½2 Uhr Ecke König- und Merseburger Straße (am Schultheiß“). Wir bitten alle Sangesbrüder und auch Parteigenossen nebst werten Angehörigen, welche besonders eingeladen sind, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 12. August 1920.

Die Mietsteuer.

Zur Frage der Mietsteuer wird uns vom Reichsarbeitsministerium geschrieben:

„Die Wohnungsnot, die immer unerträglicher wird, kann nur durch Neubauten gelindert werden. Diese erfordern aber auf Jahre hinaus besondere Zuschüsse, da die Herstellungskosten, die zurzeit teilweise etwa das Zehnfache der Friedenspreise betragen, aus den Mieten nicht verzinst werden können. Die Finanzlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden läßt jedoch solche Zuschüsse nur möglich erscheinen, wenn dafür Deckung aus einer besonderen Quelle erfolgt.

Für längere Zeit wird die bisherige Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr in vollem Umfange aufrecht erhalten werden können. Da die Wohnungsmieten im Vergleich zu der allgemeinen Preissteigerung niedrig geblieben sind, wird dann damit zu rechnen sein, daß die Wohnungsmieten und mit ihnen die Preise der bebauten Grundstücke eine recht erhebliche Steigerung erfahren, so daß trotz der anzuerkennenden hohen Selbstkosten des privaten Hausbesitzes noch ein darüber hinausgehender erheblicher Wertzuwachs für den Vermieter zu erwarten ist. Greift die Gesetzgebung nicht rechtzeitig ein, so würde eine erhebliche Belastung der Mieter zugunsten des privaten Hausbesitzes erfolgen, für die es nach dem soeben Gesagten an jeder Rechtfertigung fehlt. Dies muß verhütet werden, indem die betreffende Steigerung von vornherein für die Gesamtheit nutzbar gemacht wird. Die so verfügbar werdenden Mittel können dann zur Gewährung von Zuschüssen für Neubauten Verwendung finden, so daß ein Ausgleich zwischen den Mieten in alten und neuen Wohnungen hergestellt wird.

Der geplanten Abgabe liegt ein sehr berechtigter sozialer Gedanke zugrunde: Die Verhinderung eines sachlich nicht gerechtfertigten Wertzuwachses für den privaten Hausbesitz. Sie ist andererseits die einzige Quelle, aus der die für die Neubautätigkeit dringend notwendigen Gelder geschöpft werden können. Wenn daher die Erhebung einer Abgabe von Grundbesitz zur Finanzierung der Neubauten nicht erfolgt, so würde die bisherige Wohnungsnot mit all ihren bedenklichen Folgen für die weitesten Kreise der Bevölkerung verewigt werden.“

Gegen eine Mietsteuer!

Die Wohnungsnot ist im ganzen Lande furchtbar. Hunderttausende hausen in Notwohnungen, die keineswegs den hygienischen Anforderungen entsprechen, zum großen Teil sogar im höchsten Grade gesundheitsschädlich sind. Zur Linderung der Wohnungsnot hat man bisher den Gemeinden große Zuschüsse aus Reichs- und Staatsmitteln gewährt, um ihnen die Möglichkeit zu geben, Neubauten ausführen zu können. Diese Mittel scheinen erschöpft zu sein, man sucht nach neuen Quellen und ventiliert schon seit längerer Zeit die Frage der Mietssteuer.

Der Reichsarbeitsminister hat zu dieser Frage eine Darstellung an die Presse gegeben (die wir oben veröffentlichen), aus der man schließen kann, daß die Mietssteuer kommen wird. Die Erklärung des Reichsarbeitsministers macht sie zu einer sehr sozialen Maßnahme, denn sie soll nach seiner Meinung Verhinderung eines sachlich nicht gerechtfertigten Wertzuwachses“ dienen. Um diese für den Arbeitsminister mit Sicherheit kommende Belastung „für die Gesamtheit nutzbar“ zu machen, will er sie „zur Gewährung von Zuschüssen für Neubauten“ verwenden.

Auch wir sind der Meinung, daß eine der wichtigsten Aufgaben des Reiches die Steuerung der Wohnungsnot ist. Die Mietssteuer dürfte einen sehr erheblichen Zuschuß zu den Mitteln bringen, die notwendig sind um mehr Wohnungen zu schaffen. Sehr zu bezweifeln ist aber, ob sie die Wohnungsnot vor allem der Großstadtbevölkerung lindern wird. Diese Frage möchten wir von vornherein und ganz entschieden verneinen. Wohl werden einige Wohnungen im Jahre mehr gebaut werden können. Aber diese neue Belastung der Mieter wird zur Folge haben, daß sich vor allen Dingen die Arbeiterbevölkerung noch weiter mit ihren Wohnungen einschränkt. Wer heute drei Zimmer hat, wird, wenn er etwa 20 bis 25 Prozent Mietssteuer zahlen muß, eine kleinere Wohnung suchen, um das Mehr wieder auszugleichen. Diese Einschränkung bringt für die Gesundheit des ganzen Volkes große Gefahren. Je primitiver die Wohnung, je mehr Leute in wenigen Zimmern beisammen sind, umso größer ist die Gefahr der Uebertragung irgendwelcher ansteckender Krankheiten, je schneller wird — z. B. nachts in den Schlafräumen — die Luft verbraucht und je schneller und ungehinderter breitet sich die Tuberkulose aus. Ob der hieraus erwachsende Schaden aufgehoben wird durch den Vorteil, den die Mietssteuer bringt, erscheint nun sehr fraglich. Jedenfalls sollte man die gesundheitliche Seite, wie sie hier skizziert ist, in Erwägung ziehen, ehe man sich zur Erhebung einer Mietssteuer entschließt.

Zur Hebung der Wohnungsnot gibt es nach unserer Meinung zuerst noch andere Mitel. Vor allen Dingen sollte man endlich einmal ernst machen, mit der Zwangseinquartierung. Wie viele Reiche wohnen heute noch in großen Luxuswohnungen, die nur zum Teil bewohnt sind. Wieviel ungezählte Familien im deutschen Reiche haben gleich einige Häuser für sich. Im Winter wohnen sie in irgnd einer Großstadt und im Sommer beziehen sie ihre Villa auf dem Lande, im Gebirge oder an der See. Hier sollte man endlich einmal energisch zufassen und sollte auch diesen Leuten einmal in Erinnerung rufen, daß wir in einer furchtbar ernsten Zeit leben, sollte ihnen sagen, daß tausend und abertausend Familien nicht einmal Platz haben, um genügend Betten in der Wohnung aufzustellen. Weiter aber sollte man auch einmal daran denken, ob es nicht möglich ist durch die Auflösung unnötiger Kriegsgesellschaften Riesengebäude freizubekommen. Wie steht es weiter mit den Kasernen? Sie sind zwar nicht das idealste Wohnhaus, aber immerin doch besser für Wohnungen geeignet, als die vielen Baracken, die man überall baut. Heute sitzen dort noch die Abwicklungsstellen, die sich als die wichtigsten Behörden fühlen und immer wieder etwas zum Abwickeln finden.

Wenn alle diese Mitel erschöpft sind und wenn sie immer noch nicht eine erträgliche Lage auf dem Wohnungsmarkt geschaffen haben, dann sollte man erst den Gedanken der Mietssteuer und vor allen Dingen die Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt in die Diskussion werfen. So lange aber noch solche schreienden Ungerechtigkeiten bestehen, so lange noch nicht alle anderen tauglichen Mittel angewendet werden, so lange erheben wir Protest gegen diese geplanten Maßnahmen.

Haushaltungsausschuß.

Der von der Stadt für mittellose Wanderer an die Wanderarbeitsstätte zu zahlende Pflegesatz soll von 1,45 Mark auf 3 Mark erhöht werden. Weiter wurde zugestimmt, daß von den Wanderern 10 zur Hausarbeit in der Arbeitsstätte zurückbehalten werden können. — Im Paul-Riebeckstift ist die Heizanlage z. T. zu erneuern. Der Entnahme der dazu erforderlichen Mittel von 35 000 Mark aus dem Vermögen der Stiftung wurde zugestimmt. — Für die Wiederherstellung der Dampfkesselanlage im Emilienheim werden 5 471 Mk. angefordert. Die schon bewilligten Mittel in Höhe von 3400 Mk. sind damit um 2071 Mk. überschritten. Bewilligung aus Kap. XXIV, 14 erfolgt. Herr Bankier Ernst Haaßengier hat seinen beiden Stiftungen (für Unterstüung von Kaufmannslehrlingen in Höhe von 25 000 Mk. und für Künstler in Höhe von 100 000 Mk.) je 15 000 Mk. zugefügt. Beide Stiftungen werden angenommen. Künftig soll nach dem Willen des Stifters die Voraussetzung für Inanspruchnahme der Lehrlingsstiftung nicht mehr die Reife für Obersekunda, sondern das Reifezeugnis einer Mittelschule genügen. — Die Umwandlung der Stelle des Direktors am Zoologischen Garten in eine Beamtenstelle wurde abgelehnt. —

Bei dem Künstlerwettbewerb für Ausmalung der Aulen der Talamt- und Martinschule sind die Maler Degenkolbe und Lude erste Preisträger geworden. Beide Entwürfe sollen ausgeführt werden. Die Kosten (Talamtschule 16 500 Mk., Martinschule 18 000 Mk.) hierfür werden bewilligt. — Die Treibriemen und Motoren im Hospital sollen gegen Einbruch versichert werden. Die Vers.-Ges. verlangt dafür noch Sicherungen der Türen und Fenster, was 20—39 Mk. Kosten ausmacht. Die Mittel dazu werden bewilligt, der Abschluß einer Versicherung aber abgelehnt. —

Der am 12. Juli gefaßte Beschluß der St. V. V., das Aufkommen aus der Warenhaussteuer in Höhe von 12 400 Mark zur Freilassung der zwei untersten Stufen der Gewerbesteuer zu verwenden, kann nicht aufrecht erhalten werden, da die Steuer vom 1. 1. 20 ab nicht mehr erhoben werden darf und das Aufkommen infolgedessen nur 5500 Mk. beträgt. Es wird beschlossen, die Stufe zu 4 Mk. ganz und die zu 8 Mk. zu 25 Proz. freizulassen. —

Eine Eingabe der technischen städtischen Beamten um höhere Eingruppierung in die Besoldungsordnung wird abgelehnt. Der auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung als Ersatz für den Arbeiterrat einzusetzende Verbraucherausschuß soll gebildet werden. Nach der Magistratsvorlage soll er 7 Mann stark sein, auf Vorschlag der Stadtverordnetenversammlung vom Magistrat ernannt und pro Kopf und Tag mit 40— Mk. entlohnt werden. Dem wurde zugestimmt. — Für den Stadtverordnetenvorsteher soll ab 1. Juli d. J. die gleiche Aufwandsentschädigung von 400 Mk. monatlich, wie den unbesoldeten Stadträten, gezahlt werden. Die dahin gehende Vorlage wurde angenommen.

Vom städtischen Verkehrsausschuß.

Dem Verkehrsausschusse lag eine Eingabe des „Halleschen Verkehrsvereins“ vor, in welcher Beschwerde darüber geführt wird, daß die Polizeibehörde am Tage des Rennens die Siebenbogenbrücke für den Wagenverkehr gesperrt hatte. Die Eingabe erklärt diese Maßnahme als einen „Beilhieb in den Rücken des kranken Droschkenfuhrwesens“. Der Verkehrsausschuß wünscht und erwartet, daß alle polizeilichen Anordnungen von der größten Rücksichtnahme gegen die beteiligten Kreise eingegeben sind und kann sich durchaus damit einverstanden erklären, daß dem Verkehrsverein ein Mitberatungsrecht bei derartigen Fragen zugestanden wird. Die Eingabe wird in diesem Sinne dem Magistrat als Material überwiesen.

Zum andern beschäftigte die Viehmarktfrage von neuem den Ausschuß. Die Militärverwaltung hat die Hergabe des Exerzierplatzes hinter der Roßplatzkaserne zur Abhaltung des Herbstmarktes abgelehnt. Gegen diesen Bescheid soll der Magistrat beim Reichswehrminister und bei den Parlamenten vorstellig werden. Um die Abhaltung des Herbstmarktes unter allen Umständen zu ermöglichen, soll der Magistrat ersucht werden, Schritte zu tun, um einen einigermaßen geeigneten Platz, vielleicht an der Merseburger oder an der Delitzscher Straße zur Verfügung zu bekommen. Zuletzt müßte der Markt, wenn dann auch in sehr beschränkten Umfange, auf dem untern Roßplatze abgehalten werden.

Als dritter Punkt kam eine Eingabe um Aufhebung der Betriebseinschränkung für die Straßenbahnlinie 9 zur Besprechung. Dadurch, daß die Linie 9 am Gasthof zur Linde endet, wird täglich 1 Wagen gespart, was eine Ersparnis von 100 000 Mk. für das Jahr bedeutet. Es wird dem Magistrate empfohlen, an die beteiligten Gemeinden und besonders an die Siedlung Sachsenland heranzutreten und dieselben zu ersuchen, einen nennenswerten Teil der Kosten, welche dadurch entstehen, daß die Linie wieder bis zum Endpunkte durchgeführt wird, zu übernehmen.

Die Mörder des Pfarrers Niehus entdeckt.

In das Dunkel, das die Mordtat an dem Pfarrer Niehus aus Burgliebenau noch umgibt, scheint jetzt endlich Licht zu kommen. Festgenommen wurden zwei junge Leute, die sich auf Grund des während der Putschtage im März ergangenen Aufrufes, wonach sich alle Männer zwischen 15 und 50 Jahren zu den Waffen melden sollten, ebenfalls zum Dienst bereit erklärt hatten und in der Ammendorfer Arbeiterwehr tätig waren. Die beiden Verhafteten erklärten, daß sie den Pfarrer auf Befehl eines Führers erschlagen hätten. Näheres berichten wir noch.

Der gemeine Ton im „Volksblatt“.

Die niedrige Art und Weise der Berichterstattung in diesem Organ ist jedem bekannt, der sich mal mit ihm beschäftigt hat. Wer aber angewiesen ist, täglich aus beruflichen Gründen die Stilblüten seiner geistigen Urheber zu betrachten, wird sicherlich manchmal komische Empfindungen in der Magengegend verspüren. Wir können unseren Lesern verraten, daß wir den lokalen und provinzlichen Teil des Blattes nur „genießen“, wenn wir uns besonders kräftig fühlen, da wir die Brechreize fürchten, die eine ständige Begleiterscheinung des Studiums im Kommunistenblatt sind. Das Jüngelchen, welches über die Stadtverordnetensitzung am Montag berichtete, scheint besondere Anlagen auf dem Gebiete unverschämtester Schmockmanieren zu besitzen. Was sich dieser Held der Feder in Beschimpfung unserer Parteigenossen dort leistet, ist wert als „Dokument der Zeiten Schande“ für die Nachwelt aufbewahrt zu werden. Ernstlich beschäftigen wird man sich mit diesem Auch-Proletarier natürlich nicht, denn man müßte da seinen Fuß in einen schmutzigen Sumpf stecken. Aber eine Frage ist wohl an diesen Herrn mit Recht zu richten. Haben Leute Ursache, nach der Zeitdauer der Zugehörigkeit unserer Genossen zur Partei zu fragen, die sogar erst im Dezember 1918 das rettende Mitgliedsbuch der Unabhängigen erwarben? Also verehrtester Herr Berichterstatter, etwas mehr Bescheidenheit — und Vorsicht.

In der Frage der Zugehörigkeit zur Partei geht aber unsere Meinung dahin, daß wir es nicht als eine Schande betrachten, wer in der Partei noch jung ist; ebensowenig wollen wir diesen Genossen die Fähigkeit zur erfolgreichen Mitarbeit absprechen. Nur müssen wir uns gegen die groteske Aufgeblasenheit wenden, womit ein Herr Scholem sich Urteile über Dinge anmaßt, die er nicht versteht. Ein schlechtes Zeichen politischer Bildung oder eines nebelhaften Ultraradikalismus ist es aber, wenn eine Partei so junge Anfänger in der politischen Bewegung über Parteitaktik referieren läßt. Das „Volksblatt“ brachte gestern eine Ankündigung über einen derartigen Vortrag. Auch ein Omen dafür, was für erbauliche Sachen von der Unabhängigen Partei Halles in Zukunft noch zu erwarten sind. Die Weisheit eines Scholem über diese Frage stellen wir uns abgrundtief vor, halten es aber trotzdem für angebrachter, daß er erst mal das A B C des politischen Anstandes und die Anfangsgründe eines genießbaren Zeitungsstils erlernt.

Der unzulässige Trinkgelderaufschlag.

Der Arbeitsgemeinschaft der gastwirtschaftlichen Angestelltenverbände in Hamburg ging folgendes Schreiben zu:

Der Reichsminister der Finanzen.

Berlin W. 66, den 31. Juli 1920.

III U 5961 Pz. Wilhelmsplatz 1.

Auf das gefl. Schreiben vom 27. Juli 1920 mache ich ergebenst auf § 86 Abs. 3 der Ausführungsbestimmungen zum neuen Umsatzsteuergesetz (Zentralblatt für das Deutsche Reich 1920, S. 937) aufmerksam. Danach können von dem für die Beherbergung vereinnahmten Entgelte Abzüge für Nebenleistungen, wie z. B. Heizung, Beleuchtung, Bad, Hotelwagen, nicht gemacht werden; insbesondere darf ein Teuerungs- oder Trinkgeldzuschlag nicht abgesetzt werden. Das gleiche gilt auch für die allgemeine Umsatzsteuer bei der Verabreichung von Speisen und Getränken. Der Gast, der im Restaurant oder Kaffee Speisen und Getränke entnimmt, ist nicht dem einzelnen Angestellten gegenüber verpflichtet, den durch Anschlag bekanntgegebenen Entlohnungsaufschlag zu leisten, seine Verpflichtung entsteht vielmehr mit der Bestellung der Speisen und Getränke dem Wirte gegenüber. Dieser vereinnahmt also auch den Entlohnungsaufschlag und muß ihn in seinen Büchern buchen. Geschieht das nicht, so macht er sich der Steuerhinterziehung schuldig.

Ich habe das Landesfinanzamt in Hamburg auf die Sach- und Rechtslage hingewiesen. J. A.: gez. Popitz.

Es ist, wie aus dem vorstehenden Schreiben ersichtlich ist, kein Gast verpflichtet, ein Aufgeld für die Bedienung in den Restaurants zu zahlen, desgleichen ist der Wirt nicht berechtigt, von seinem Personal eine derartige Forderung erheben zu lassen. Dieser Bescheid wird wohl endlich dazu beitragen, daß das Unwesen des „Bedienungszuschlages“ beseitigt wird.

Der Mord an der Bergschänke.

Zu dem Vorgang, wonach am Abend des 7. August am Bergschenkenwege eine Frau von einem unbekannt gebliebenen Schützen fahrlässigerweise erschossen sein sollte, wurde noch folgendes festgestellt: Es handelt sich um die 40jährige Ehefrau des 32 Jahre alten Hilfsarbeiters August Sommer aus Lingolsheim, der nach seiner im April erfolgten Entlassung vom Militär hier Anstellung gefunden hatte. Während seine Ehefrau und sein Kind von 10 Jahren noch in Darmstadt wohnten, unterhielt Sommer mit der 25 Jahre alten Martha Kühne aus Hohenleipisch ein Verhältnis und gab sie seiner Wirtin gegenüber als seine Ehefrau aus. Als dann die wirkliche Frau Sommer am 28. Juni hier zuzog, half ihr die Kühne mit einräumen und verzog dann nach Leipzig. Am 6. August erschien sie zum Besuch bei den Eheleuten Sommer, angeblich auf Einladung der Ehefrau. Am Nachmittag des 7. 8. gingen alle drei, angeblich auf Betreiben der Ehefrau S., nach Seeben um zu hamstern. Sie wählten hin und zurück den Bergschenkenweg, und dort soll die Frau auf dem Heimwege von einem unbekannten Schützen erschossen worden sein.

Sommer hat sich mit seiner Frau nicht gut vertragen und hat schon mehrfach getrennt von ihr gelebt. Da Frau Sommer auch zu Hausbewohnern geäußert hatte: sie sollten Obacht auf sie geben, wenn sie eines Tages verschwunden sei, habe sie ihr Ehemann umgebracht, bestand der dringende Verdacht, daß Sommer und die Kühne die Frau ins Feld gelockt und ermordet haben, um sich heiraten zu können. Beide wurden deshalb in Haft genommen, bestreiten aber vorläufig die Tat. Die Untersuchung und die Sektion der Leiche werden das Weitere ergeben.

Was in der Straßenbahn gefunden wird.

In der Zeit vom 1. bis 31. Juli 1920 sind die nachstehend aufgeführten Gegenstände in den Wagen der städtischen Straßenbahn gefunden worden:

4 Spazierstöcke, 12 Regenschirme, 10 Paar Handschuhe, 2 einzelne Handschuhe, 1 Drillichjacke, 1 Weste, 2 Mützen, 1 Hut, 2 Arbeitshosen, 1 Paket Wäsche, 2 Handtücher, 1 Tabakspfeife, 3 Töpfe, 2 Schlüssel, 7 Portemonnais, 1 Brustbeutel, 3 Frühstückstaschen, 1 Handtasche, 1 Handkorb, 1 Mantelgürtel, 2 Säcke, 1 Klemmer, verschiedenes Kinderspielzeug, 1 Hundehalsband, 5 Bücher, ein Gummiball, 1 Löffelbrett, 2 Mappen, 1 Rolle Draht, 1 Paket Zeitschriften, 1 Mundharmonika, 1 Rolle Papier, 2 Stücke Eisen, 1 Paket (Inhalt 1 Hemd).

Die Empfangsberechtigten werden unter Hinweis auf §§ 980 981 BGB. ersucht, ihre Rechte in unserem Fundbüro Berliner Straße 1 innerhalb einer Frist von 3 Monaten vom heutigen Tage an gerechnet, geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist werden die Fundstücke öffentlich versteigert.

Der Zeitpunkt der Versteigerung wird s. Zt. bekanntgegeben.

* **Alle Briefsendungen vom Publikum** an die Postanstalten in Halle (Saale), die Beschwerden, Auskünfte, Nachsendungsanträge usw. betreffen, müssen wie andere gleichartige Sendungen freigemacht werden. Unfrankiert abgesandte Sendungen werden mit dem doppelten Betrage des Frankos austaxiert, für dessen Bezahlung der Absender haftet. Wollen sie das Franko für Briefe an den Zeitungsverlag sparen, müssen diese im Zimmer 97 abgegeben werden, nicht in die Briefkästen legen.

* **Deutscher Rentnerbund Ortsgruppe Halle und Umgebung.** Die hier in Halle nebeneinander bestehenden zwei Rentnervereine haben sich zu einer einheitlichen Organisation verschmolzen. Einmütig erfolgte die Wahl des Geschäftsführers und 1. Vorsitzenden, des Herrn Robert Somburg, Viktoriastr. 12. Zum 2. Vor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200812-18/fragment/page=0005

sitzenden wurde Herr Gustav Günter, Staudestr. 6 und zum 3. Vorsitzenden Herr Franz Heinze, Forsterstr. 51, gewählt. **Als weitere Vorstandsmitglieder wurden** gewählt die Damen Frl. Heise, Frl. Heller, Frl. Mathesius, Frl. Rauchfuß, Frl. Reuter, sowie die Herren Richard Golf, Dr. B. Hütte, Friedrich Klopfleisch, Paul Reiling, Max Schultz, Titus Tegetmeyer und Otto Voigt. Der Wirkungskreis des Vereins, welcher jetzt schon zirka 300 Mitglieder zählt, soll auch auf die nähere und weitere Umgebung von Halle ausgedehnt werden. So haben sich z. B. in Eisleben und Merseburg Ortsgruppen gebildet, denen weitere folgen werden. In der Versammlung wurde ausdrücklich betont, daß der Verein lediglich wirtschaftliche Ziele verfolge und bestrebt sei, die berechtigten Interessen der kleineren und mittleren Rentner in jeder Weise zu fördern. Die besonders traurige Notlage dieses von der Steuergesetzgebung stiefmütterlich behandelten Standes ist auch von den Reichstagsabgeordneten aller Parteien durchaus anerkannt und im Parlament neuerdings besprochen worden. An alle kleineren und mittleren Rentner von Halle und seiner Umgebung ergeht der Ruf zum Eintritt in die jetzt geschaffene Organisation. Beitrittserklärungen nehmen der Geschäftsführer sowie alle anderen Vorstandsmitglieder gern entgegen.

Stadttheater: Die Leitung des Stadttheaters bittet, die Neubestellungen von Stammkarten möglichst bis Sonnabend, den 14., anmelden zu wollen und weist darauf hin, daß in allen Gattungen noch gute Plätze zur Verfügung stehen. Die Kasse ist täglich von 10—2 Uhr geöffnet.

Mit dem **Film „Figaros Hochzeit“** werden die C. T.-Lichtspiele, Gr. Ulrichstraße 51, eine neue Stilart des Spielfilms schaffen, zu deren künstlerischem Gelingen sich um Hella Moja eine Reihe allererster künstlerischer Kräfte versammeln. Die Heiterkeit der berühmtesten Komödie des sterbenden Rokkoko hüllt die Handlung ein, welche sich frei an die Ergebnisse des Buches von Beaumarchais anlehnt, das ja bekanntlich bei der berühmten Oper von Mozart Pate gestanden hat. Es ist die berückende Gestalt des Pagen Cherubin, den Hella Moja in diesem Film darstellen wird. Die Bilder sind prächtig gelungen, die Landschaften wirken ausgezeichnet wie die Darsteller! Hella Moja, Eduard von Winterstein, Alexander Meißi, Vera Schwarz, Ilka Grüning, Paul Graetz. So ist „Figaros Hochzeit“ glücklich für den Film gewonnen, ein Kinostück mit allem Glanz neuzeitlicher Filmkunst. Die überaschende Folge der wunderschönen Szenen allein schon hebt es in die Gruppe der neuen deutschen Kinostücke.

Zoologischer Garten. Heute, Donnerstag, nachm. 4 und abends 7½ Uhr große Konzerte vom Philharmonischen Orchester unter Leitung der Gastdirigentin Ludmilla Gerecke.

Bad Wittekind. Freitag abend 8 Uhr findet das am Dienstag wegen ungünstiger Witterung ausgefallene Abendkonzert als Ehrenabend für den Obermusikmeister Karl Steuer statt. (Näh. Anzeige.)

Brunnerts Hofjäger. Morgen, Freitag, abend 8 Uhr großes humor. Extra-Konzert, ausgeführt vom Seifert-Orchester unter Mitwirkung des berühmten Burgemeister-Quartetts. Bei ungünstiger Witterung im Saale.

Zusammenstoß. In der Gr. Ulrichstraße fand zwischen einem Straßenbahnmotorwagen und einem Geschirr ein Zusammenstoß statt. Der Vorderteil des Motorwagens wurde leicht beschädigt. Personen sind nicht verletzt worden.

Ladeneinbruch. In letzter Nacht wurde die Schaufensterscheibe eines Konfitürengeschäfts in der Thomasiusstraße eingeworfen und aus dem Schaufenster Waren im Werte von etwa 180 Mark gestohlen.

Provinz und Umgegend.

Waffenschiebungen der Reaktionäre.

Wir haben bei Besprechung der reaktionären Spitzelberichte in der rechtsbürgerlichen Presse bereits darauf hingewiesen, daß das ganze Geschrei nur geheuchelt ist, um die eigenen dunklen Pläne zu verdecken. Daß dies richtig war, beweisen jetzt riesige Waffenschiebungen in Erfurt. Unser Eisenacher Parteiblatt schreibt darüber:

Seit einiger Zeit kursieren in Erfurt Gerüchte über die Herstellung von Militärwaffen aller Art, die der Gegenrevolution in die Hände gespielt werden sollen. Nunmehr ist es gelungen, einen dieser Transporte abzufangen, und zwar wurde auf dem Bahnhof in Halle ein Transport von vier Waggons Gewehren angehalten. Der Absender dieses Transportes ist eine Firma Hille in Erfurt und der Empfänger ist ein Herr Hille in Jüterbog.

Eine Firma Hille gibt es in Erfurt nicht, sondern in ganz Erfurt wohnt nur ein Gerichtsassessor Hille. Es ist schon dar, aus, daß Absender und Empfänger anscheinend die gleichen Personen sind, zu ersehen, um was für einen Transport es sich handelt.

Auf dem Bahnhof Erfurt stehen zurzeit fünf Waggons mit unzähligen Gewehrläufen, Maschinengewehrläufen, Gewehrschlössern 98 und fertigen Schußwaffen. Ein weiterer Waggon wurde von der Speditionsfirma Liesegang in Erfurt verladen. Im Reichswerk wurden 35 000 fertige Gewehrschäfte verladen, und alle diese Waffen sollen angeblich der Treuhandgesellschaft gehören.

Es ist dringend erforderlich, daß die maßgebenden Stellen sich umgehend dazu äußern, wozu die Treuhandgesellschaft diese vollständig neuen Waffen benötigt und wer die Kontrolle über die Verwendung dieser gewaltigen Anzahl Waffen ausübt.

Da nicht anzunehmen ist, daß Assessor Hille und die Treuhandgesellschaft im kommunistischen Fahrwasser schwimmen, so sind die Waffen entweder für einen Rechtsputsch bestimmt oder sie werden ins Ausland verschoben. Da nur kriegführende Länder daran Interesse haben, hat die Regierung die doppelte Verpflichtung einzugreifen, wenn ihre Neutralitätserklärung im Ausland ernst genommen werden soll. —

Abgabe von Land zu Siedlungszwecken.

Der Pressedienst des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten gibt bekannt:

Trotz aller einer großzügigen Siedlungstätigkeit in der Praxis entgegenstehenden Schwierigkeiten ist das Preußische Landwirtschaftsministerium unausgesetzt bemüht, das dringende Verlangen der Siedlungsheischenden weitgehendst zu befriedigen. Es ist naheliegend, daß bei den bezüglich der Neubauten und der Beschaffung von Inventar vorliegenden Erschwernissen es sich im Augenblick vorwiegend darum handeln muß, entsprechende Flächen von größeren Gütern im Wege der Adjazenten- (Anlieger-) Parzellierung an kleinere Besitzer abzugeben. Diese Bemühungen sind nicht ohne Erfolg gewesen. Bis Ende 1918 wurden für die Anliegersiedlungen vergeben aus:

Domänenbesitz in Eigentum und Pacht	16 000	Hektar
Forstbesitz in Eigentum	4 000	„
Forstbesitz in Pacht	2 000	„
Privathand	30 000	„
zusammen	52 000	Hektar

oder 208 000 Preußische Morgen.

Vornehmlich in Schlesien ist es gelungen, auf dem Gebiete der Anliegersiedlungen beachtenswerte Fortschritte zu erzielen. Nach dem Stande vom 30. Juli d. Js. wurden im Bereiche des Landeskulturamts-Präsidenten Breslau, d. h. in den Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien, insgesamt Kaufverträge über 3 826,13 Hektar und Pachtverträge über 8 536,63 Hektar abgeschlossen, während ausgeführt sind Kaufverträge über 3 189,27 Hektar und Pachtverträge über 7 899,60 Hektar. Im ganzen kamen in Schlesien bislang zustande: 204 Kaufverträge mit 5 199 Käufern und 1 089 Pachtverträge mit 9 989 Pächtern.

Die Preußische landwirtschaftliche Verwaltung hat außerdem auf Ersuchen des Reiches mit der Soldatensiedlung in Truppenlagern und fiskalischen Mooren begonnen; auch hier sind die Arbeiten in vollem Gange

In seinem Bestreben, die Siedlung mit allen verfügbaren Mitteln zu fördern, wird sich Landwirtschaftsminister Braun auch durch die zahlreichen Vorwürfe nicht beirren lassen, die in letzter Zeit in der deutschnationalen Presse gegen ihn erhoben worden sind. Die außerordentlichen Schwierigkeiten, die heutzutage jeder erfolgreichen Tätigkeit auf diesem Gebiete entgegenstehen, sind ja überdies den Siedlern nur allzu bekannt.

Ein Zivilkommissariat bei der Sicherheitswehr.

Die Pressestelle beim Oberpräsidium teilt mit: Um das Vertrauen der Bevölkerung zur Sicherheitspolizei zu heben und das gegenseitige Verständnis zu fördern, ist beim Kommandostab der Sicherheitspolizei Mitteldeutschland ein Zivilkommissariat mit dem Sitz in Magdeburg, Gouvernementsstraße 1, Zimmer 4, errichtet worden. Das Zivilkommissariat hat insbesondere die Aufgabe, eine engere Verbindung zwischen der Bevölkerung und der Kommandobehörde der Sicherheitspolizei herzustellen. Alle Mitbürger, die Wünsche und Beschwerden gegenüber der Sicherheitspolizei haben, werden gebeten, sich an das Zivilkommissariat zu wenden. Das Zivilkommissariat wird gerechtfertigten Beschwerden nachgehen und Mißstände abhelfen. Telephon 1212, Zivilkommissariat.

Vom Provinzialwohlfahrtsamt,

Das Provinzialwohlfahrtsamt, das im vergangenen Jahre gegründet wurde, hat soeben einen Bericht über seine Tätigkeit herausgegeben. Der Hauptzweck des Amtes, das seinen Sitz in Magdeburg, Scharnhorststraße 1, hat, ist die Zusammnfassung aller Wohlfahrtsbestrebungen in der Provinz. Es hat 16 Arbeitsabteilungen: Säuglings- und Wöchnerinnenfürsorge, Kinderschutz und Jugendfürsorge, Bekämpfung der Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, Fürsorge für Alkoholkranke, Krüppelfürsorge, Schulzahnpflege, Hinterbliebenenfürsorge (Nationalstiftung), Frauenfürsorge, Rotes Kreuz, Veranstaltung von Wandervorträgen durch Aerzte, Frauenwohlfahrtsvereine usw. In verschiedenen Sitzungen des vorläufigen Verwaltungsausschusses wurden die grundlegenden Fragen des allgemeinen Fürsorgegebiets und der Organisation erörtert. Mit der Leitung des Provinzialwahlfahrtsamts ist vorläufig Dr. Denecke beauftragt. Es wurden bereits Uebersichten aufgestellt über die in der Provinz vorhandenen Stadt- und Kreiswohlfahrtsämter und ihre Einrichtung, über Zahl, Sitz und Einrichtung der Tuberkulose-Beratungsstellen und der Einrichtungen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs. Es fanden wiederholt Konferenzen der Leiter der Wohlfahrtsämter statt, in denen u. a. auch Richtlinien für die Schulzahnpflege aufgestellt wurden. Das Amt gibt auch eine Zeitschrift „Sächsische Wohlfahrtspflege“ heraus. Der Voranschlag des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 weist in Einnahme und Ausgabe den Betrg von 64 300 Mark nach. Im vergangenen Jahre betrugen die Einnahmen durch besondere Zuwendungen 433 187 Mark.

Löbejün. Unabhängige Führer als Felddiebe. Bei einer Streife der Sicherheitspolizei in der hiesigen Feldmark nach Felddieben, wurden unter anderen auch festgenommen der Malermeister Lehmann und der Wirt des Restaurants „Gute Quelle“. Beide gehören als Stadtv. der U. S. P. an. Die „Gute Quelle“ ist das Vereinslokal der U. S. P.

Könnern. Stadtverordnetensitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Stadtverordneter Göhre eine Anfrage an den Bürgermeister, wer ihm das Recht eingeräumt hätte, ohne Wissen und Beschluß der Stadtverordnetensitzung, den städtischen Beamten 25 Prozent Teuerungszulage auszuzahlen. Die Antwort gab Bürgermeister Twinhaus-Wiele in der üblichen Redeweise, indem er erklärte, daß die Beamten zu ihm gekommen seien und gebeten hätten, die 25 Prozent auszuzahlen. Da das Gesetz es vorschreibe, habe er auch nicht mehr gezaudert, das Geld auszuzahlen. Der Stadtverordnetenvorsteher legte schärfsten Protest ein gegen die Geschäftsführung des Magistrats und drohte mit Amtsniederlegung, wenn die Beschlüsse der Stadtverordnetensitzung auf derartige Weise hintergangen würden. Auf Antrag Peter (U. S.) wurde beschlossen, daß die Gehälter in der bisherigen Form gezahl werden, bis ein anderer Beschluß der Stadtverordnetensitzung herbeigeführt wird. Die Beteiligung an den Aktien der Kleinbahn Könnern—Rothenburg wurde einstimmig abgelehnt. Ein Dringlichkeitsantrag von hiesigen Wohnungssuchenden fordert den Rücktritt der Wohnungskommission. Stadtv. Peter (U. S.) macht der Kommission schwere Vorwürfe, gesteht aber auch ein, daß seine Partei die Wohnungsnot nicht beseitigen könne. Darauf wurde der U. S. P.-Fraktion anheimgegeben, wieder praktische Arbeit in den Kommissionen mit zu leisten, dies wurde aber abgelehnt. Bei der Abstimmung wurde der Kommission gegen die Stimmen der U. S. P. das Vertrauen wieder ausgesprochen. Sodann wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die Leichen- und städtischen Fuhren wurden Herrn Kalterborn übergeben. Der Aktien-Malzfabrik ein Stück des Lebendorfer Weges auf fünf Jahre mit ¼jährl. Kündigung zum Preise von 50 M. jährlich verpachtet. Die Grundsteuer wurde mit einem Aenderungsantrag der U. S. P. nach der Vorlage angenommen, ebenfalls die Gewerbesteuer nach Abänderungsantrag Neubert nach der Vorlage. Dagegen entspann sich bei der gemeindlichen Besteuerung des reichsfreien Einkommens eine lebhafte Debatte. Dazu war eine Resolution der Ortsgruppe des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und -Hinterbliebene eingegangen, welche gegen die Besteuerung der Renten-Hinterbliebenenbezüge schärfsten Protest einlegte. Der Antrag Peter (U. S.), unterstützt vom Stadtv. Ettelt (S. P. D.), das ein Einkommen bis 10 000 M. steuerfrei bleiben soll, wurde mit 10 Stimmen angenommen. Für den Beigeordneten wird eine monatliche Entschädigung von 300 M. mit 13 Stimmen beschlossen.

Merseburg. Ein Kindesmord? Gestern nachmittag ist im hinteren Teile des Gotthardtteiches die Leiche eines etwa vier Wochen alten Kindes gefunden worden. Die Mutter konnte noch nicht ermittelt werden.

Weißenfels. Ferienwanderungen. Ein durchaus prachtvolles Wander- und Ferienwetter begünstigte die Veranstaltung, zu der sich von vornherein durch Umfrage in den Schulen insgesamt 1323 Kinder angemeldet hatten. Wiewohl zu erwarten war, daß viele der gemeldeten Kinder nicht wandern würden, war die Beteiligung der Kinder doch eine sehr starke und blieb trotz Aehrenlesen, Schwimmen, Sportbetätigung usw., die ja für die Gesundheit der Kinder mindestens ebenso wertvoll wie wandern sind, und allerlei Festen (Jahrmarkt usw.) bis zu dem Ende der Ferien sehr rege. Es freut uns berichten zu können, daß die Beteiligung folgende war: 1. Woche: Wandern 1827 Kinder, Spiele 328 Kinder, zusammen 2185 Kinder; 2. Woche: Wandern 676 Kinder, Spiele 473 Kinder, zusammen 1149 Kinder; 3. Woche: Wandern 592 Kinder, Spiele 516 Kinder, zusammen 1108 Kinder; 4. Woche: Wandern 478 Kinder, Spiele 405 Kinder, zusammen 883 Kinder; insgesamt: Wandern 3573 Kinder, Spiele 1722 Kinder, zusammen 5295 Kinder. Diese Ziffern sind erreicht an 20 Wandertagen und 24 Spieltagen unter 22 Führern des Vereins Wohlfahrt, 6 außenstehenden Führern und 15 Führerinnen der städtischen Kinderschutzkommission, die wie auch der Verein Wohlfahrt noch eine ganze Reihe Hilfsführer und Vertreter stellte. Da nun zahlreiche Eltern und Kinder die Fortsetzung der Wanderungen und Spiele wünschen, sind in der letzten Führersitzung am Sonnabend die Führer und die Vertreter des Vereins Wohlfahrt übereingekommen, den Mittwoch jeder Woche als Wander- und Spieltag beizubehalten. Die Kinder also, die weiter wandern sollen und wollen, versammeln sich vor den Höfen ihrer Schulen, nicht wie jetzt in den letzten Wochen nur vor Neustadtschule und Bürgerschule. Die Spiele finden, die Erlaubnis der Herren Schulleiter bezw. des Magistrats vorausgesetzt, auf dem Hofe der Bergschule, im Bad und auf dem Legenhausspielplatz auf dem Kugelberge statt. Die Wander- und Spielzeiten sind dieselben wie bisher. Führer sind den Veranstaltern auch diesmal willkommen, wenn sie den Veranstaltern persönlich bekannt sind.

Alles in allem genommen, kann die für die Gesundheit der Kinder immerhin wertvolle Veranstaltung als gelungen bezeichnet werden. Es sei noch betont, daß diese Veranstaltung den Kindern des arbeitenden Volkes dienen wollte und die Veranstalter Weißenfelser organisierte Arbeiter und Kleinbeamte sind, nicht wie es neulich in einer Zuschrift an den Volksboten hieß, „bürgerliche Kapitalisten.

Weißenfels. Städtische Fortbildungsschule und Arbeitgeber. Der Magistrat gibt bekannt: „Es ist in letzter Zeit wiederholt wahrgenommen worden, daß Fortbildungsschüler nicht in sauberem Zustande und nicht in reinlicher Kleidung zur Schule kommen. Dies ist wohl in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß sie von ihren Arbeitgebern nicht rechtzeitig nach Hause geschickt werden. Wir machen gemäß § 7 der Ortssatzung, betreffend die Gewerbliche Fortbildungsschule, die Arbeitgeber darauf aufmerksam, daß sie die zum Besuche der Fortbildungsschule Verpflichteten so zeitig von der Arbeit zu entlassen haben, daß sie rechtzeitig sowie gereinigt und umgekleidet im Unterricht erscheinen können. Zuwiderhandlungen sind strafbar.

Hohenmölsen. Diebische Kostgänger. In einem Hause in der Bahnhofstraße werden verschiedene Kostgänger gehalten, die am Bagger arbeiten. In den letzten Tagen sind einigen Kostgängern verschiedene Wertgegenstände, u. a. zwei Herrenuhren im Werte von 600,00 Mark und bares Geld von 250,00 Mark gestohlen worden. Als Diebe wurden ermittelt die Arbeiter Kürschner und Ebert, die mit in dem Haushalte als Kostgänger untergebracht sind. Die Sachen haben in einem Schranke gelegen, der von den Tätern, die sich krank gemeldet und zu Hause geblieben waren, erbrochen worden ist. Beide müssen berüchtigte Diebe sein, denn es wurden bei ihnen noch gerichtliche Anklagen vorgefunden, nach denen beide auch an anderen Stellen erhebliche Diebstähle zur Ausführung gebracht haben. Die beiden sauberen Stubengenossen sind dingfest gemacht worden.

Naumburg. Eine U. S. P.-Säule wankt. Hier hatte seit der Revolution der U. S. P.-Held Heinrich das große Wort. Im Kampfe gegen die S. P. D. schwang er fürchterliche Reden. Es könnte ein ganzer Band von Schmähreden zusammengestellt werden, die der starke Mann, den die U. S. P.-Leute vergötterten, gegen die ††† S. P. D. losließ. Mit einem Male wurde es recht still — und dann ganz still. Heinrich war erledigt — war für Naumburg politisch tot und steht nicht wieder auf. In der U. S. P. betretenes Schweigen — und auf Anfragen erwidern die U. S. P.-Leute im Flüsterton, sich dabei ängstlich umsehend: „Ich will dir im Vertrauen sagen: „Es stimmt etwas nicht.“

Stendal. Gefangenenstreik. Im Gefangenenlager zu Salzwedel war ein Streik ausgebrochen, der nach fast einwöchiger Dauer beigelegt worden ist. Die Gefangenen verlangten Selbstverwaltung, Uebergabe der Bekleidungskammern und der Bäckerei, ferner freien Ausgang, Aufhebung der Kontrolle und noch anderes. In Verhandlungen zwischen Lagerdirektion, russischen Komiteemitgliedern, einer Kommission aus Berlin und einigen Lagerangestellten wurden den Gefangenen kleinere Zugeständnisse gemacht. Die weitgehenden Forderungen wurden abgelehnt. Die Arbeit wurde darauf wieder aufgenommen.

Aus aller Welt.

Chinesischer Lüttwitz.

Wie aus Peking gemeldet wird, ist General Tschang-tso-ling, der Generalgouverneur der Mandschurei, am 4. August in Peking an der Spitze einer Abteilung Reiterei eingetroffen.

Die ehemalige Dynastie hat sich schon letzthin opfermutig bereit erklärt, den „Sohn des Himmels“ wieder auf den Thron zu setzen. Vielleicht bedeute der Einzug des Generals das Ende der nordchinesischen Republik. Die Mandschurei war immer der reaktionärste Teil des Reiches; die Mandschu waren ja die Herrscherkaste.

Leipzig. Von einer Räuberbande ermordet. Vier maskierte Räuber drangen nachts in das Berggasthaus in Hohenstein-Ernstthal ein und verlangten unter Vorhalten von Revolvern von den anwesenden Gästen Geld und Wertsachen. Der Vorsitzende des Erzgebirgischen Vereins, Stadtrat Ebersbach, der der Forderung nicht nachkam, wurde von den Räubern durch mehrere Schüsse getötet. Die Räuber flüchteten alsann.

Leipzig. Die Meldungen zur Messe. Zu der vom 15. bis 21. August stattfindenden technischen Messe und zu der allgemeinen Mustermesse vom 29. August bis zum 4. September haben sich bis jetzt 12 500 Ausstellerfirmen angemeldet. Das sind 2000 Firmen mehr als zu der entsprechenden Zeit der Frühjahrsmesse.

Saargemünd, 11. August. Schlagende Wetter. Gestern abend wurden in einem Bergwerk von Merlebach durch eine Explosion schlagender Wetter zwei deutsche Bergarbeiter getötet und mehrere andere verletzt.

Wirtschaftliches.

Preisabbau durch gewerkschaftliche Selbsthilfe.

Der Ortsausschuß Groß-Hamburg S. A. D. F. und das Ortskartell der A. S. A. hat nun unter Hinzuziehung des Arbeiterrats und im Einvernehmen mit den wirtschaftlichen Zielen der Betriebsräte in Groß-Hamburg beschlossen, hinsichtlich des Preisabbaues zur Selbsthilfe zu greifen. Die genannten Körperschaften sind der Meinung, daß die bisher von den Regierungen gegebenen Erklärungen nur als platonische Liebeserklärungen aufzufassen sind, mit denen den Konsumenten absolut nichts geholfen wird. Sie sollen nun selbst für entsprechenden Abbau der Preise Sorge tragen. Um das zu erzielen, ist eine Versorgung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer mit billigen Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen von diesen Organisationen in Aussicht genommen. Dabei soll der Vertrieb der Waren unter Ausschluß des Zwischenhandels vorgenommen werden und zwar sollen die Zwischenhandelsgewinne den Konsumenten zugute kommen. Man gedenkt dabei um 25 bis 30 Prozent billiger als durch den Zwischenhandel die Ware liefern zu können. Die Organisationen haben bereits mit namhaften Fabriken Fühlung genommen, und es schweben Verhandlungen, um die freigewerkschaftlich organisierte Bevölkerung im Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg in erster Linie namentlich mit Kleidungsstücken, Schuhwerk und Fett zu versorgen.

Versammlungs-Kalender

Weißenfels. „**Spa — Genf — Moskau**“ Über dieses Thema wird der Gen. Prof. Dr. **Waentig**-Halle am Freitag, den 13. d. Mts. abends 8 Uhr in „Schrulann's Garten“ in einer **großen öffentlichen Volksversammlung der S. P. D.** sprechen.
Alle Arbeiter, Beamte, Angestellte, Bürgerliche und Intellektuelle, gleichviel welcher Parteirichtung, werden freundlichst eingeladen.
Der Ernst der Lage macht es jeder Genossin und jedem Genossen zur Pflicht, für diese Versammlung rege Propaganda zu machen. Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200812-18/fragment/page=0006